

Bezugspreis:

Vierteljahr 16.50 Mk., monatlich 5.50 Mk. ...

Anzeigenpreis:

Die edigste Stelle ...

Arbeitskämpfe in Argentinien.

Amerikas Ultimatum an die Entente.

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 5.

Donnerstag, den 19. Februar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Arbeitskämpfe in Argentinien.

Amerikas Ultimatum an die Entente.

Washington, 17. Februar. (Reuter.) Amtlich ...

in Versailles einen solchen gerechten Frieden für Deutsch-

Der folgende Bericht, der Mitte Januar in Buenos Aires ...

Nach zahlreichen privaten, teilweise einander wider-

Es ist bereits bekannt, daß die Entente auf die amerika-

Schon im November letzten mancherorts erkannten,

Der Energieausbruch Wilsons ist unmittelbar durch den

Es wäre nur zu wünschen, daß Amerika von dieser un-

Die erste Kampfphase an das Kapital erfolgte mit

Präsidentenwechsel.

Deschanel übernimmt sein Amt.

Paris, 18. Februar. Heute nachmittag fand im Elysee die

Darmstadt vollständig zerstört. Das Schloß war Eigen-

Serhart Hauptmann zur Abstimmung.

Für die „Grenzspende“ des Schutzverbandes für die Grenz-

Raimond Poincare begrüßte seinen Nachfolger und erklärte

Deutsche, wenn Ihr nicht möglich zuziehen wollt, wie Cace-

Präsident Deschanel seinerseits erwiderte kurz, indem er

Es gibt keinen Deutschen, Mann oder Weib, der diese einfache

Paris, 18. Februar. Millerand hat dem Präsidenten die

Gelingt es uns, aus der Friedensmacht nationaler Weisheit

Es handelt sich bei diesem Rücktrittsgesuch nur um eine tra-

Wir hätten nicht, wir besitzen nicht. Wir sind nur das Sprach-

Kulturtaten der französischen Besatzungstruppen.

Darmstadt, 18. Februar. (Eigene Drahtmeldung des „Vor-

Eine Emigrantenpartei.

Der „Ostwest-Telegraf“ meldet aus Wien: Die aus Budapest

Die unmittelbare Folge war jedoch, daß schon am 30. De-

Von Verhaftung der Schuldigen wurde indes berichtet,

Nach den letzten Nachmittagsnachrichten trat die konservative

Wir alle haben die Herausforderung gelesen, welche von

Nicht strafbar ist, wer jemanden tötet oder veranlaßt,

Nicht strafbar ist, wer jemanden tötet oder veranlaßt,

meinen ist nicht strafbar, wer tödtet oder verwundet, sobald ihm sein Gewissen ansehend, in Verteidigung seiner Würde, seiner Ehre, seiner Arbeit und des Vaterlandes zu töten und zu verwunden.

Deshalb soll sich jeder Arbeiter, Bauer oder Kolonist bewaffnen, um sein Recht und die zum Schutze der Gesehe eingesetzten Behörden zu verteidigen!

Wer die argentinischen Verhältnisse kennt und weiß, wie locker Messer und Revolver im Gürtel des Landbesitzers stecken, der kann das namenlose Unheil ermessen, das diese Aufforderung zum Töten nach sich ziehen konnte! —

Zur selben Zeit, als das geheimnisvolle „Revolutionskomitee“ sein fürchterliches „Ultimatum“ in die Massen schleuderte, setzte auch eine wesentliche Verschärfung der Streifbewegung im Innern der Republik ein. Vielfach wird als direkte Folge dieses „Ultimatums“ an die Gesellschaft die Verschärfung des Streiks der Arbeiter auf der großen Unternehmung „Compania Forestal“ im Norden der Provinz Santa Fe angesehen. Solange das „Revolutionskomitee“ noch nicht in Aktion getreten war, verlief der Streik ruhig, und es war Aussicht, daß er in wenigen Tagen zur beiderseitigen Zufriedenheit beigelegt werde. Da flatterte das „Ultimatum“ in das Land und der Kampf verschärfte sich. Als die bewaffnete Macht eingriff, zündeten die Streikenden die riesigen Mengen lagernder Quebrachshölzer an, stürzten sie die Fabrikanlagen, legten Feuer an sie, plünderten die Lebensmittel- und Materialmagazine der Gesellschaft und zogen sich schließlich in die Wälder zurück, wo sie von den erbeuteten Lebensmitteln und dem Vieh der Gesellschaft, das sie nach Herzenslust schlachteten, lebten. Die Regierung bot Kavallerie auf, um die Aufständischen niederzuwerfen. Es half nichts. Schließlich, am 13. Januar, wurde nach Buenos Aires telegraphisch gemeldet, daß der Streik soeben mit einem vollen Sieg der Streikenden beendet worden sei.

Weitere bedeutende Streiks im Innern sind: der Streik der Arbeiter im Petroleumgebiet von Comodoro Rivadavia, der schon im dritten Monat steht und dessen Ende noch nicht abzusehen ist. Ferner die verschiedenen Streiks auf den Linien der Staatsbahnen im Süden und im Norden der Republik; die Streiks der Verkehrs- und Beleuchtungsarbeiter und schließlich die immer neu ausbrechenden Hafenarbeiterstreiks. Daneben laufen eine große Zahl partieller Streiks in den Provinzstädten und in der Bundeshauptstadt, die zum Teil schon mehr als sechs Monate andauern. Für die allernächste Zeit wird ein Generalstreik der Eisenbahnen und ein Streik der Angestellten und Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke erwartet. Wie es scheint, vollzieht sich hier augenblicklich der Aufmarsch der Arbeiter zu dem schon seit Jahresfrist erwarteten großen Kampf zwischen Kapital und Arbeit.

Die Herren Unternehmer auf unserem kapitalistischen Eiland sehen diesem Kampfe mit ziemlicher Siegeszuversicht entgegen; sie wissen, daß auf ihrer Seite die staatlichen Behörden, die Association del Trabajo, die Liga Patriótica, die Einwanderung und nicht zuletzt die Jurat vor dem Bolschewismus steht! Im Lager der Arbeiter hat die Entschlossenheit zum äußersten weite Kreise in ihren Bann gezwungen. Die wirtschaftliche Lage verschlechtert sich, dank dem unaufhörlichen Steigen der Lebensmittelpreise und der Wohnungsmieten mit jedem Tag mehr, und mit der Einwanderung, die neue willige Arbeitskräfte liefert, wächst die Unnachgiebigkeit der Unternehmer. . .

## Irrtümer und Illusionen.

Zweimal im selben Leitartikel („Humanität“ vom 15. Februar), in dem er die Politik der Entente nach und Deutschland gegenüber kritisiert, erklärt Marcel Cachin, daß diese Haltung der alliierten Regierungen die Revolution in Deutschland fördert:

## Die Kokainsucht.

Eine Volkspein in Groß-Berlin.

Auch diese Sucht ist eine der Errungenschaften, die unter Selbstkörper dem Stalldad Krieg zu verdanken hat, und die Gefahr des Kokainismus wächst: sie tritt schmerzhaft um sich. In der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ leant Dr. Bruno Wlaferfeld-Schöneberg die allgemeine Aufmerksamkeit auf diese Frage. Kokain gibt es, wie er andeutet, in allen Volksschichten Berlin, bis in die „besten und anständigen Familien“ hinein. Er führt aus:

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß in Groß-Berlin eine schreckliche Volkspein, der Kokainismus, im Verborgenen blüht und leider immer weiter um sich greift. Nach unseren Volkserfahrungen schiebt die Entstehung des Kokainismus fast immer an einen anfänglichen Morphiumismus an; wenigstens war dies in den deutschsprachigen Ländern meist der Fall, während in anderen europäischen und außereuropäischen Ländern der reine Kokainismus stets wohlbekannt war. Der Krieg, der unsere Heere mit den Kropfenheiten so vieler fremder Länder in Berührung brachte, hat und leider den reinen Kokainismus befeuert. Ein Fall meiner Praxis, ein Neger, wurde 1915 in Nordafrika das erste Mal mit dem Gift bekannt und erhielt von einem französischen Apotheker, welcher sich zuerst weigerte, Kokain ohne ärztliches Rezept abzugeben, es aber nachher doch tat, als der Herr sagte, er müsse den Befehlen eines Deutschen nachkommen, öfters 5 Gramm Kokain. Infolge der Strapazen des Krieges auf der Suche nach unerprobten Mitteln, wurden viele Soldaten mit dem Kokain bekannt und verfielen so dem Gift, von dem sie natürlich nicht wieder ließen; ja, es gelang ihnen sogar, andere charakterlabile Personen für den Genus des Kokains zu gewinnen. So kommt es, daß leider in Groß-Berlin die Kokainsucht in den verdienstlosesten Kreisen um sich gegriffen hat und noch viele Opfer fordert.

Die augenblicklich bei uns herrschenden Verhältnisse machen es den Kokainisten sehr leicht, sich das Gift in viel größeren Mengen zu verschaffen, als es vor dem Kriege der Fall war. Es ist mir aus Berichten von Kokainsüchtigen bekannt, daß Inhaber der verdienstlosesten Groß-Berliner Drogerien, besonders der narkotischen Vororte, so gewissenlos sind, den Kranken hinterherum Mengen bis zu 1 Kilogramm Kokain zu besorgen. Jazzeit, wo 1 Gramm Kokain etwa 1 M. in der Apotheke kostet, bewogte sich der Preis des Gramms Kokain bei diesen Drogeristen zwischen 7 und 8 M. Um noch größere Verdienste zu erzielen, vermischen diese Drogeriehändler das Kokain mit Vorsäure oder Kobolain, verkaufen es aber als reines Kokain. Die Annahme, daß hierdurch gesundheitlich den Kokainkranken ein Gefallen getan wird, ist irrig, da diese bald die Streckung des Giftes merken und dann höhere Dosen nehmen. Kokainlich wird von den Kokainisten wie früher so auch heute mit nachgemachten Rezepten gearbeitet, wodurch sie sich das Gift aus Apotheken verschaffen.

Die Beschleunigten damit nur in dem verworrenen Deutschland die Fortschritte der Revolution. Ihre Haltung gegenüber Sowjet-Russland hat als wesentliches Ergebnis gehabt, daß die Macht der Volksbeauftragten seit zwei Jahren gefestigt wurde. Ihre gegenwärtige Haltung ebnet nur der deutschen Revolution die Wege.“

Marcel Cachin beweist damit nur, wie oberflächlich er die Situation in Deutschland beurteilt. Wir, die die Wirkungen der Entente auf Deutschland auch, und zwar aus etwas geringerer Entfernung verfolgen, wir sind im Gegenteil fest davon überzeugt, daß die Politik der Entente seit einem halben Jahre die Gegenrevolution in weit stärkerer Maße fördert, als irgendeine andere Strömung. Durch die Aufrechterhaltung der Blockade bis acht Monate nach dem Waffenstillstand haben die Staatsmänner in Paris und in London zwar ursprünglich dem Bolschewismus in die Hände gespielt, und alle ihre wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen, die eine Steigerung des Elends zur Folge haben, dienen auch den Extremen von links, aber die ungedulden Friedensbedingungen, die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen, die „Sühne“ für Scapa-Flow und zuletzt die Auslieferungsliste haben ausschließlich den reaktionären, nationalistischen und monarchistischen Parteien genützt.

Das haben wir auch unabhängig in den letzten Monaten versucht, dem Ausland klarzumachen, und es ist bedauerlich, daß selbst ein Mann wie Cachin, der sonst als Chefredakteur der „Humanität“ und als Sprecher der sozialistischen Kammerfraktion für die auswärtige Politik einen guten Ueberblick zeigt, es noch immer nicht begriffen hat. Es mag zwar richtig sein, daß in Russland die äußere Gefahr den vorläufigen Zusammenschluß aller Parteien um die Regierung Lenins bewirkt hat. Aber die französischen Sozialisten tragen sich mit einer gefährlichen Illusion, wenn sie glauben, sich über die sinnlose Gewaltpolitik der Entente Deutschland gegenüber damit hinwegtrösten zu können, daß diese letzten Endes nur die „zweite“ Revolution in Deutschland herbeiführen werde. Selbst Crispian hat übrigens Hofford gegenüber ausgegeben, daß eine Herrschaft von links unhaltbar wäre und nur eine Wiederholung der ungarischen Ereignisse — also letzten Endes auch Reaktion — bedeuten würde.

Aber die Politik der Demütigungen und der Schikanen, die die Entente bisher gegen Deutschland getrieben hat, führt, unseres Erachtens, noch viel unmittelbarer zur Untergrabung der deutschen Republik, und es ist höchste Zeit, daß alle jene im Ausland, denen die demokratische Staatsform in Deutschland lieber ist als das alte Regime, endlich diese Wahrheit erkennen und tatkräftig an der Festigung der Errungenschaften vom November 1918 mitwirken; dies gilt auch für die französischen Sozialisten.

## Ein Aufruf des Landwirtschaftsministers.

Landwirtschaftsminister Braun hat an sämtliche preussischen Landwirtschaftskammern einen Erlaß gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß eine nachhaltige Besserung unserer Ernährungslage nur möglich ist durch die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Gleichzeitig aber wird den Landeuten dringend ans Herz gelegt, aus freien Stücken heraus das Beste abzuliefern, um die Ernährung unseres Volkes über die kritische Zeit bis zur Ernte hinaus sicherzustellen und damit das Schlimmste abzuwenden. In dem bemerkenswerten Erlaß heißt es:

„Wenn auch die letzte Körnerernte verhältnismäßig gut ausgefallen ist, so hat doch die Ernte an Hackfrüchten infolge der ungünstigen Wetter- und Wirtschaftsverhältnisse stark gelitten, so daß die Ernährung der großstädtischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sich immer schwieriger gestaltet. Können wir die Ernährung unseres schwer geprüften, unter den ihm von einem erbarungslosen Sieger auferlegten Lasten schwer seufzenden Volkes bis zur nächsten Ernte nicht sicherstellen, dann ist ein Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens unmöglich und der

Noch leichter wird der Kokainanfall der Bevölkerung dadurch gemacht, daß nachts auf den Straßen Groß-Berlins Verkäufer kleine Päckchen zu 1, 2, 3—6 Gramm den Passanten anbieten; auf diese Weise deckt namentlich die Prostitution ihren Bedarf. Endlich höre ich, daß die Vorleser und Rednerinnen zahlreicher Diners und Bars eifrige Vertreter des Kokains sind und einen ansehnlichen Verdienst dadurch haben. Da die Vorleser stets das Kokain mit Vorsäure oder anderen indifferenten Mitteln vermischt, unterscheiden die Kokainsüchtigen zwischen dem richtigen Gramm Kokain und dem „Dielenogramm“. Uebrigens vermeiden die Kranken bei den Straßenverkäufern und Nachtportiers stets das Wort Kokain; das Stichwort lautet: Grommophonplatte, Zentner Koks u. a. m.

It ist bei solchen Zuständen verwunderlich, wenn die Suche in alle möglichen Volksschichten dringt? In diesem Kokainmißbrauch ist fast nur das Alter von 20 bis 30 Jahren beteiligt. Auch die Frau ist leider unter den Kokainisten vertreten. Die Prostituierten stellen einen großen Teil der Kokainisten dar.

Das Kokain wird von den Kranken als Schnupfpulver genommen. Die Wirkung ist sehr schnell. Die Größe der Preise verschiedener. Der Kranke nimmt so viel, bis die gewünschte Wirkung erzielt ist.

Die Entziehung des Kokains führt heutzutage auf große Schwierigkeiten. Durch Hypnose sind nur vorübergehende Heilungen zu erreichen. Der Unterbringung in eine Heilanstalt — die einzige Möglichkeit, den Kranken zu retten — sehen die jugendlichen Kokainisten meist stillosen Widerstand entgegen, zumal die diese Behandlung wünschenden Familien nur äußerst geringen Einfluß auf den Kranken haben, je mehr er dem Kokain verfallen ist. Ferner erreicht man durch die Heilanstaltsbehandlung, selbst in den ärztlich und wirtschaftlich bestgeeigneten Anstalten, nicht das gewünschte Ziel, da der Kokainist es fast stets zu ermöglichen versteht, in der Anstalt hinterherum Kokain zu erhalten. Die Kranken sagen, daß es heute eine Leichtigkeit sei, durch hohe Bezahlung selbst gewissenhafte Wärter zu veranlassen, ihnen Kokain in der Anstalt zu verschaffen.

Auf das sinnliche Bild, das keine Besonderheiten bietet, gehe ich hier nicht ein. Der körperliche und geistige Verfall ist so rapid, daß jeder, der solche Fälle sieht, sich energig dafür einsetzen muß, daß dieser Volkspein so bald und so gut wie möglich der Garaus gemacht wird, damit unser armes, schon durch so viele andere Schicksale gequältes Volk nicht unnötig Mitglieder verliert, an deren Erhaltung bei ihrer Jugendkraft ihm sehr gelegen sein muß.

Um einigermaßen Abhilfe zu schaffen, hat die Gesundheitspolizei die Pflicht, für strenge Durchführung der bestehenden Gesetze zu sorgen. Neue Verordnungen sind meines Erachtens unnötig. Die Vorschriften über die Abgabe stark wirkender Arzneimittel, sowie die Verordnung über den Verkehr mit Arzneimitteln außerhalb der Apotheken und andere ministerielle Erlasse bieten eine genügende Handhabe zur genauen Kontrolle der Drogerien und Apo-

## Zusammenbruch unvermeidlich.

Diese Katastrophe muß abgewendet werden und sie kann abgewendet werden, wenn das Volk in allen seinen Schichten sich des Ernstes der Situation bewußt wird und einmütig zusammenwirkt, um die kritische Epoche zu überwinden, die Deutschland jetzt durchmacht.

Eine nachhaltige Besserung unserer Ernährungslage ist einzig und allein durch die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung zu erzielen. Ich kenne und würdige die Schwierigkeiten, die in landwirtschaftlichen Betrieben jetzt abzuwalzen und bin daher unablässig bemüht, auf ihre Milderung und Beseitigung hinzuwirken und alle zuständigen Stellen des Reiches und des Staates für die weitgehendste Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung zu interessieren.

Diese Bemühungen sind auch nicht ganz ohne Erfolg geblieben. Die Erkenntnis, daß nur der Ertrag, den wir auf eigenem Boden durch eigene Arbeit erzielen, uns die Werte und Kräfte verschafft, die zum wirtschaftlichen Wiederaufbau unseres unglücklichen Vaterlandes unerlässlich sind, bricht sich in immer weiteren Volksteilen Bahn.

Indes für den Augenblick, das heißt für die Ueberwindung der kritischen Zeit bis zur nächsten Ernte, ist damit noch wenig begangen.

Wir müssen daher im Lande das Letzte noch zusammenraffen, um unser Volk über die schwerste Zeit hinwegzubringen.

Ich folge daher gern der aus den großen Verbraucherbezirken an mich gelangten Aufforderung, den Landwirten aus Herz zu legen, zur Ueberwindung der zu erwartenden Ernährungsschwierigkeiten dadurch beizutragen, daß sie ihrerseits aus freien Stücken alles, was in ihren Kräften steht, hergeben, um das Schlimmste abzuwenden. Wenn die Grenzen gegen Lebensmittelansuhr hinreichend gesichert und den gewissenlosen Subjekten und ihren Helfershelfern, die aus schänder Gewinnsucht ihrem Volk das Brot rauben und dem Auslande zuschieben, gründlich das Handwerk gelegt wird und wenn weiter auf allen Seiten der gute Wille vorhanden ist und befestigt wird, so wird es sicher gelingen, unser Land und Volk vor schwerem Unheil zu bewahren.

## Schafft Kohlen, denn das Getreide verdirbt!

Von einem Mittergutbesitzer erhalten wir folgenden Brief, dessen Beachtung wir den zuständigen Stellen warm empfehlen: „Als Abonnent des „Vorwärts“ lese ich soeben den Artikel von Erwin Barth „Die Rot im Erzgebirge“. Die geschilderten Zustände sind herzzerreißend. Im Namen der deutschen Landwirtschaft rufe ich Ihnen zu, und zwar in letzter Stunde, wenden Sie Ihren Einfluß an maßgebender Stelle auf, daß der Landwirtschaft Kohlen und nachmalig Kohlen geliefert werden. Wir können nicht dreihen, das Getreide verkauft in den Schubern und wird von den Mäusen gefressen. Getreide ist genug vorhanden, der Rot könnte gesteuert werden.“

Im weiteren fordert uns der Briefschreiber auf, unseren Einfluß geltend zu machen, damit die Landwirtschaft von Streiks und sonstigen Betriebsstörungen bemächtigt bleibt. Denn dadurch wird die Nahrungsmittelproduktion immer mehr geschwächt und gehemmt.

## Der zerschlagene Phrasentopf.

Die deutschnationalen Federhelden möchten sich eher die Zunge abbeißen, als zugestehen, daß die deutsche Regierung in der Auslieferungsfrage einen Erfolg errungen hat. In der alldeutschen Presse kehren dabei ständig folgende zwei Behauptungen wieder:

Erstens: es liegt gar kein Erfolg vor, denn auch das jegige Verlangen der Entente ist ebenso unerfüllbar und unausführbar, wie ihr ursprüngliches.

Zweitens: Die Regierung verbannt den errungenen Erfolg allein der festen Haltung der alldeutschen

ihlen; eventuell müßten nur die Strafbestimmungen, den heutigen Verhältnissen entsprechend, erhöht werden. Scharfe Kontrolle der Bars, Dienen und des Nachtlebens durch gewandte und gewissenhafte Beamte wird es ermöglichen, den Hauptveräußern das Handwerk zu legen. Die Apotheken müssen wiederholt angewiesen werden, bei jedem Kokainrezept festzustellen, ob ein approbierter Arzt es verschrieben hat. Gevrig, auch bei Verstopfung dieser hauptsächlichsten Verkaufsstellen des Kokains wird der Kokainsüchtige Mittel und Wege finden, sich das Gift zu verschaffen; sicherlich werden aber die behördlichen Maßnahmen dazu beitragen, den Kreis derer, welche sich der modernen Seuche anschließen, zu verkleinern.

Theater. Am Theater d. Königsgrüner Straße ist die Uebersetzung von „Bung Nicolo“ wegen Erkrankung eines Hauptdarstellers auf die nächste Woche verschoben worden. Statt dessen am Sonnabend Bedarfs „Sofokles Wellerstein“, am Sonntag „Die Stützen der Gesellschaft“. In dieser Vorstellung tritt Elise Ledermann zum ersten Male auf.

Das Ringer Stadttheater wurde von der Stadtverwaltung in Eigenregie übernommen. — Die Mitglieder des Leipziger Stadttheaters traten wegen einer Zulageforderung in Streit; das Theater wurde geschlossen. Nebenliche Vorgänge hatten auch in Danzig die Einstellung der Theaterarbeit zur Folge. — Das Grandenzer Stadttheater ist geschlossen worden, da die Stadt nicht in der Lage war, weitere finanzielle Zuschüsse zu leisten.

Georg Stefan Grohmann, den Theaterkritiker der „Volk. Zeitung“ und Herausgeber des „Lagebuch“, werden im neuen Heft der „Weltbühne“ beträchtliche Beiträge erhoben. Hatte schon Jacobson in der vorigen Nummer seiner Zeitschrift behauptet, daß Grohmann — z. B. pleidonnem — je nachdem für Koste, für Foller und dann wieder für den Kronprinzen schreiben könne, so ist es nunmehr Viktor Barnowsky, der Leiter des Leipziger Theaters, der Grohmann einer nicht angedeuteten Veranlassung seiner Kritikalität mit geschäftlichen Unternehmungen beschuldigt. Grohmann wird zu diesen Anschuldigungen Stellung zu nehmen haben.

Ludwig Hardt verläßt Sonntag im „Reiteraal“ abends 8 Uhr erntete und mehrere Soldaten von Goethe, Heine, Wedekind, Rilke, Dörmann, Dehmel, Rilke, Hegn; dazu Schaulpieterepizodien.

Eine Saubert-Morgenfeier findet in den „Kammertöpfen“ am 22. Februar, 11½ Uhr. Die Korbweber Klaus Brüggenheim und Stefan Straßer spielen Saubert'sche Originalkompositionen zu Klavier zu vier Händen.

Im Berthold-Wagner-Abend am 21. Februar in der Musikschule mit verklärtem Lüttner-Direktor werden unter anderem drei Sätze der 9. Sinfonie zur Aufführung gelangen.

Die Schriftstellerin Stefania Goldenring, die bis als Ueberseherin von Werken russischer und polnischer Dichtung erhebliche Verdienste erwarb, ist in Berlin nach schwerer Krankheit gestorben.

Nicht selten! Bruno Billie dankt den sehr vielen, die ihn zum 60. Geburtstag gratulierten: „Mir ist gemutet wie einem Gärtner, der lange spröden Boden besodet hat und auf einmal überraschend mit Blüten, Anzeichen von Fruchtbarkeit, überschüttet wird. Aber, Freunde, nun gilt es, nicht zu ruhen, sondern erst recht zu arbeiten. Nichts anderes kann ja unser deutsches Volk und die Kultur retten, als gemeinnützige Arbeit.“

Die erste kritische Ausgaben-Ausgabe wird in Kürze im Rahmen der Deutschen Klassiker-Bibliothek (Vol. 2, 3 u. 4. Band) herausgegeben. Herausgeber ist der Wiener Kennerforscher Prof. Dr. Eduard Hoffmann.

Preussische Landesversammlung.

115. Sitzung, Mittwoch, den 18. Februar 1920.

Im Regierungsdiskurs: Sirsch, Saenisch, Stegerwald. Das Haus berät zunächst den Gesetzentwurf über steuerliche Vorrechte in eingemeindeten Ortsteilen.

Es folgt die Beratung des Antrages Dr. Friedberg (Dem.), Dr. Vorisch (Zent.) Hergt (Dnat.), Dr. u. Krause-Döhrenhagen (D. Sp.) um Aussetzung der Wahlen zu den Elternbeiräten und unverzügliche Prüfung der Gesetze über Elternbeiträge durch den verstärkten Unterrichtsausschuss.

Ministerialdirektor Jahnke: Die Elternbeiträge haben nicht die von uns erwartete Auswirkung zwischen Eltern und Schule herbeigeführt; darum haben wir die Elternbeiträge früher eingeführt, als ursprünglich beabsichtigt war.

Abg. Ding-Dorren (Dnat.): Wir sind keine Freunde des Abteilungs-Systems, in dem Elternbeiträge leben aber gesunde Grundzüge, die wir als Abteilungsbeitrag auf unser Ideal, der Schulgemeinde, betrachten.

Abg. Ding-Dorren (Dnat.): Wir sind keine Freunde des Abteilungs-Systems, in dem Elternbeiträge leben aber gesunde Grundzüge, die wir als Abteilungsbeitrag auf unser Ideal, der Schulgemeinde, betrachten.

Durch das Vikenwahlsystem wird die Politik in die Schule geradem hineingetragen. Die Elternbeiträge sind nur das Mittel zur realen Sozialisierung der Schule und zur Verdrängung der Religion (Gelsäter links). Sie (zu den Soz.) sind groß darin, ihren Gegnern unläutere Motive zu unterstellen, das ist ihre Moral mit doppeltem Boden.

Abg. Otto (Dem.): Wir haben der Einführung der Elternbeiträge durchaus zugestimmt, aber ihre Wahl zum Beginn des neuen Schuljahres gewünscht. Da die Regierung jetzt erklärt, daß die Gemeinden die Wahlen hinausschieben können, wenn es ihnen wünschenswert erscheint, sehen wir unseren Antrag als erledigt an und ziehen ihn hiermit zurück.

Abg. Otto (Dem.): Wir haben der Einführung der Elternbeiträge durchaus zugestimmt, aber ihre Wahl zum Beginn des neuen Schuljahres gewünscht. Da die Regierung jetzt erklärt, daß die Gemeinden die Wahlen hinausschieben können, wenn es ihnen wünschenswert erscheint, sehen wir unseren Antrag als erledigt an und ziehen ihn hiermit zurück.

Darauf wird die Debatte abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 12 Uhr: Aufschlüsse im Güter- und Verkehrsverkehr der Eisenbahnen, Weiterberatung.

Groß-Berlin

Eine Tote verbrannt.

Im Hause Straßauer Allee 20 hat eine Büfelnerswitwe Emilie Klämer in Gemeinschaft mit ihrer 15jährigen Tochter Gertrud die Leiche einer einsam verstorbenen 70 Jahre alten Witwe Emilie Tiller, die mit ihr auf gleichem Fuß wohnte, in der Waschküche verbrannt, um sich in den Besitz ihrer Hinterlassenschaft zu setzen.

Kühl und hochlich, wie es sich gehört, meldet ein Polizeibericht, daß im Jahre 1920 in der von drei Millionen dicht nebeneinander lebenden Menschen bewohnten Weltstadt Berlin, eine Frau die Leiche einer anderen verbrannt hat.

Man forscht nach irgendwelchen Beweggründen, die es vielleicht, ganz hochlich begründet erscheinen ließen, daß jemand sich den ungläublichen Schwierigkeiten einer solchen Tat unterzieht, in der Aussicht auf einen hohen Gewinn, ausreichend für das ganze trübere Leben.

Was sie bestenfalls kriegen würde, wußte also die Frau, denn sie pflegte die 70jährige und war viel in ihrer Wohnung. Sie wußte, daß sie mit den Möbeln ihre eigene kleine Wohnung (die übrigens ausreichend möbliert war) besser ausstatten konnte.

Und ein Begräbnis, ein Begräbnis konnte Erben herbeiführen. Sie verachtete nach dem Tode der Frau mit ihrer Tochter, umstrickte dieses 18jährige Mädchen (das sicher auch tanzte, froh war und geliebt wurde) mit der Aussicht auf den Gewinn.

Am anderen Tage Gewinnteilung. Man stelle sich vor, daß Mutter und Tochter sich dabei in die Augen blickten. Sie betrachteten vielleicht ein Koffer, ein Konzert, ein Theater, hörten flüchtig Gessenhauer. Wenn einer ein Schwermut sagte, froh es ihnen vielleicht kalt über den Rücken. Vielleicht ...?

Man hat ihnen die Frage borgelegt: „Warum?“ — Schweigen. Dies ist kein Kriminalfall, sondern ein Fall der Reiz. K.

Um die Einseitigkeit in der Schulverwaltung. Eine der wichtigsten Fragen für die kommende Einheitsgemeinde Groß-Berlin ist jetzt aufgerollt worden.

Die Stadtverordnetenversammlung hat mit Unterstützung sämtlicher Fraktionen der Berliner Stadtverordnetenversammlung folgenden dringlichen Antrag unterbreitet, der schon heute in der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung kommen soll: „Die Stadtverordnetenversammlung hält es für erforderlich, daß in der eigenen

großen Stadtgemeinde Berlin die Schulverwaltung einseitlich verwaltet wird, unbeschadet des Rechtes der Bezirksbehörden, an dieser Verwaltung teilzunehmen. Sollte es zu einer solchen Einseitigkeit nicht kommen, so ist unbedingt für die bisherige Stadtgemeinde Berlin die Zerschlagung ihres Schulwesens zu vermeiden, und eine Schuldeputation mit den bisherigen Delegierten aufrechtzuerhalten.

Nach dem Regierungsentwurf über die Schaffung einer einseitlichen Gemeinde Groß-Berlin sollen in den sämtlichen neu geschaffenen Verwaltungsbezirken eigene Schuldeputationen, besondere Verwaltungsabteilungen usw. errichtet werden. Gegen diese Absicht richtet sich der vorstehende Antrag.

Die Unabhängigen haben der Berliner Stadtverordnetenversammlung einen Antrag unterbreitet, wonach der Magistrat ersucht wird, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den legitimen Straßenhandel gegen Hebergriffe der Polizei zu schützen.

Nur ein Prozent Todesfälle bei der Grippe. Die neue Grippe, die zuerst durch die Welt geht, tritt sehr heftig auch in Berlin auf. Die Folge der zahlreichen Erkrankungen ist eine Heberfüllung der Krankenhäuser, der die Stadt Berlin durch Bereitstellung immer neuer Betten nach Möglichkeiten entgegenarbeitet.

Die neue Grippe, die zuerst durch die Welt geht, tritt sehr heftig auch in Berlin auf. Die Folge der zahlreichen Erkrankungen ist eine Heberfüllung der Krankenhäuser, der die Stadt Berlin durch Bereitstellung immer neuer Betten nach Möglichkeiten entgegenarbeitet.

Die neue Grippe, die zuerst durch die Welt geht, tritt sehr heftig auch in Berlin auf. Die Folge der zahlreichen Erkrankungen ist eine Heberfüllung der Krankenhäuser, der die Stadt Berlin durch Bereitstellung immer neuer Betten nach Möglichkeiten entgegenarbeitet.

Die neue Grippe, die zuerst durch die Welt geht, tritt sehr heftig auch in Berlin auf. Die Folge der zahlreichen Erkrankungen ist eine Heberfüllung der Krankenhäuser, der die Stadt Berlin durch Bereitstellung immer neuer Betten nach Möglichkeiten entgegenarbeitet.

Die neue Grippe, die zuerst durch die Welt geht, tritt sehr heftig auch in Berlin auf. Die Folge der zahlreichen Erkrankungen ist eine Heberfüllung der Krankenhäuser, der die Stadt Berlin durch Bereitstellung immer neuer Betten nach Möglichkeiten entgegenarbeitet.

Die neue Grippe, die zuerst durch die Welt geht, tritt sehr heftig auch in Berlin auf. Die Folge der zahlreichen Erkrankungen ist eine Heberfüllung der Krankenhäuser, der die Stadt Berlin durch Bereitstellung immer neuer Betten nach Möglichkeiten entgegenarbeitet.

Die neue Grippe, die zuerst durch die Welt geht, tritt sehr heftig auch in Berlin auf. Die Folge der zahlreichen Erkrankungen ist eine Heberfüllung der Krankenhäuser, der die Stadt Berlin durch Bereitstellung immer neuer Betten nach Möglichkeiten entgegenarbeitet.

Jan Krebsreuter.

Seine Taten, Fahrten und Meinungen. Aufzeichnungen von Hans Müller-Schlösser.

Aber der alte Kanehl würde sein spöttisches, mederndes Lachen hören lassen, was ihm Frau Höffgens sehr unliebnehmen würde.

„Herr Kanehl, daß muß ich Ihnen sagen, daß ist eine Schand von Ihnen, bei so 'ne traurige Fall zu lachen, das ist das schändlich von Ihnen! Aber das kommt bloß, weil Sie kein Religion haben, weil Sie an keinen Gott glauben und an mir. Sie sollten dran denken, daß Sie eines Tages auch im Sarg liegen, aber dann ist es zu spät!“

„Wenn ich den Deckel auf der Kap' hab', Frau Höffgens,“ würde der alte Kanehl erwidern, „dann ist alles am End', dann spür' ich nit mal wat von den Wärmern, die mir in der Kap' liegen. So schön, Frau Höffgens, ist dat Leben nit, dat ich vor dem Tot Angst han sollt. Wat wär' dat ein Leben, schlimmer als in der Sarg, wenn man nit wüß', dat der Tot dat End' ist.“

Die Madam Krüll würde ihren Herzenstand im Stiche lassen und nach der Zitadellstraße laufen. „Oh lo, lo, der arme kleine Jan! Oh, die arme bête! Er wird gar nicht trinf' aus die schöne Becher auf meine Gesundheit. Oh, quelle malheur! Oh, les pauvres parents!“

Und sie würde mit dem Kopfe schütteln, daß die grauen Stirnhäutchen zittern und die großen Ohrringe klirren würden.

Ferdinand Quaddelmechel würde mit dem rechten Zeigefinger in die linke Hand tippen und sagen: „So traurig es ist, und wenn er auch mein Vatenskind gewesen ist, aber jetzt, wo der Jung dot ist, kann ich es ja sagen, dat er auf seinen Vatter kam; er hatt' kein Manieren!“

„Dat sag' ich auch, Herr Quaddelmechel,“ würde ihm der Schneider Suberti eifrig beistimmen, „mit dem Jungen hatt's mal ein böß End' gegeben. Er hatt' keinen Respekt vor der Obrigkeit!“

Und damit meinte er sich, denn als Billekteur hielt er sich auch für ein Stillsches Obrigkeit. Sein Vater Grades würde sich in sein rotes Sackuch

schmüzen und, wenn das noch nicht helfen sollte, mit seiner Nadelwasserschüssel über die Augen fahren.

„Der Jung — der Jung — hm, hm — der Jung ist mir ein bißchen zu rasch Hofen binnen gekommen.“ Seine Mutter aber würde am Sarge sitzen, den Kopf auf die harte Kante gelegt, seine kalte Hand fest in der ibrigen halten, um sie zu erwärmen; sie würde gar nichts sagen, seine kleine, zarte, stille Mutter, sie würde bloß lautlos weinen —

Und Jan, wie er sich das vorstellte, fühlte, wie ihm das Herz anfing zu klopfen, wie seine Augen heiß wurden und wie die Tränen über seine Waden riefen, rechts und links herab, bis in die Ohren hinein, wo sie ihn kitzelten. Aber wegnutzen konnte er sie nicht, weil er sich nicht rühren durfte. Und langsam fielen ihm die Augendeckel zu, und als die letzte Kräne den vorangegangenen durch die feuchte Rinne nachschloß, schlief er schon.

Blölich wurde er wach. Aufgeregte Stimmen und das Gepolter vieler Schritte kamen näher. Jan hatte die Augen aufgerissen; aber schwarze Finsternis umgab ihn, und eine muffige, stidige Luft lag ihm beengend auf der Brust. Er wollte sich aufrichten, konnte es aber erst nach einigen Versuchen, denn er war steifgefroren. Als er den Kopf hob, stieß er mit der Nase irgendwo gegen. Es war der Sargdeckel, an den er nicht mehr dachte. Er wußte nicht mehr, wo er war. Die Schalter, die hart gegen die Seitenwände des Sarges lagen, schmerzten ihn. In einer plötzlichen Angst schlug er wild um sich. Der Sargdeckel flog frohend zu Boden.

Im gleichen Augenblicke wurde die Tür geöffnet; das Geflüster zweier Laternen drang herein. Ein heißer Atem überlief ihn; er hatte die Stimme seines Vaters gehört.

Mit einem Ruck setzte er sich in dem Sarge und schaute in vollstündiger Verwirrung um sich. Starr vor Ueberraschung blieben die Leute stehen.

„Jan!“ rief Grades mit einer Stimme, vor der Jan ins Zittern kam. „Da ist der Jan!“ schrie Tünnes, der mit unter den Leuten war.

Jetzt erkannte Jan, der allmählich zu sich kam, seinen Vater, seinen Vater Quaddelmechel, den Theatermeister, den Schneider Suberti und Tünnes.

Tünnes hatte den Weg gewiesen, wenn er sich auch vor Angst kaum hatte auf den Beinen halten können.

Als Jan den Abend nicht nach Hause gekommen war, hatten seine Eltern sich beim Tünnes nach ihm erkundigt. Tünnes hatte zuerst von nichts wissen wollen, als aber Grades seine Hand ihm auf die Schulter gelegt hatte, seine Hand, die ihm wie ein Klug Viei vorkam, und als die hellblauen Augen ihn angefunkelt hatten, da war er mittelmäßig geworden und hatte erzählt, wie sie ins Theater gefroren und wider hinausgeschliffen waren. Jan aber wäre zurückgeblieben und sähe jetzt wahrscheinlich sein im Zuschauerraum und hörte sich die Räuber an.

Aber im Zuschauerraum war er nicht gewesen, und so hatte Tünnes schließlich den Bierern den Weg in den Keller gewiesen.

„Jan!“ rief Grades wieder, „Jung, wat hast du denn hier getan?“

„Ich — ich — ich hab' hier geschlafen, Vatter.“ „Geschlafen? In dem Sarge?“

„Eja. Und ich bin froh, dat ihr mich geweckt habt, denn ich merk', dat Liegen im Sarg ist unbequem, wenn man noch lebendig ist.“

In Grades' Gesicht zuckte es und um die blinkenden Augen herum bildeten sich zahllose, zuckende Fältchen. Die Sorge und der Zorn waren verschwunden, und über sein ganzes Gesicht hatte sich ein fröhliches Lachen ausgebreitet. „Ich sag', Jung, für dich wären ja eigentlich zwei Ellen Troffen gut, du Teufelskröt!“

„Ober ein Vattensüß!“ vollendete der erzürnte Theatermeister. „Aber,“ fuhr Grades fort, „lebendig im Sarg gelegen, ist Straf' genug. Kommt!“

Er half ihn, aus dem Sarge klettern. „Dat muß ich aber mit Erlaubnis sagen, Grades,“ sagte Quaddelmechel und schüttelte bestig den Kopf, „wenn dat Erziehungsmonieren sein sollen, dann will ich mich über nicht mehr wundern! Käust man da mitten in der Nacht mit, unne den Donnerkeils-Jung zu suchen, bringt sich um den besessenen Schlaf und muß sich obendrein schwarz und blau ärgern über sein' Manier! Ich lat' ihm noch hintereinander Zudergo plätscheln!“

Als Jan nach Hause kam und die rotgeweineten Augen seiner Mutter sah, wurde es ihm doch schwer ums Herz, und er sah den Vorges, seinen Eltern von nun ab seinen Kummer mehr zu machen, und das zu werden, was die Heberschrift des nächsten Kapitels sagt. (Fortf. folgt.)



# Gegen Helfferich!

**Der Staatssekretär a. D. Herr Dr. Helfferich hat sich nach Zeitungsnachrichten in der Gerichtsverhandlung des Helfferich-Erzberger-Prozesses vom 13. Februar über die Firma, deren technischer Direktor ich bin, die Anhydatt-Leder-Werke A. G. geäußert.**

1. Der Staatssekretär a. D. Herr Dr. Helfferich hat zunächst gesagt, daß die Beteiligung des jetzigen Reichsfinanzministers Herrn Erzberger an den Anhydatt-Leder-Werken A. G. die Höhe einer sechsstelligen Zahl erreiche. Es wird dadurch der Eindruck erweckt, daß die Beteiligung des Reichsfinanzministers Herrn Erzberger an den Anhydatt-Leder-Werken A. G. eine sehr hohe sei. Das Kapital der Anhydatt-Leder-Werke A. G. beträgt zwei Millionen Mark, eingeteilt in zweitausend Aktien. Davon hat der jetzige Reichsfinanzminister, Herr Erzberger, als unabhängiger Reichstagsabgeordneter der Zentrumspartei seinerzeit einhundertzwölf Aktien erworben und bezahlt.
2. Der Staatssekretär a. D. Herr Dr. Helfferich bezeichnet ferner die Anhydatt-Leder-Werke A. G. als eine Reehberg-Erzberger'sche Fabrik. Dadurch wird der Eindruck erweckt, als seien nur der Kommerzienrat Herr Reehberg und der Reichsfinanzminister Herr Erzberger an den Anhydatt-Leder-Werken A. G. beteiligt. Die Anhydatt-Leder-Werke A. G. ist im Jahre 1913 als solche gegründet worden. An ihrem Aktienkapital sind die Brüder der Kommerzienrat Herr Reehberg und Herr Arnold Reehberg mit zusammen etwa ein Drittel des Aktienkapitals beteiligt. Der Rest des Aktienkapitals im ungefähren Betrag von einer Million einhunderttausend Mark verteilt sich auf etwa zwanzig andere Aktionäre.
3. Nach Aussage des Generalleutnants Herrn von Oven während der Gerichtsverhandlung hat der Generalleutnant Herr von Oven seinerzeit als Departements-Direktor des Kriegsministeriums das Verfahren, nach welchem das Anhydatt-Leder hergestellt wird, als ein gutes erkannt und dementsprechend die Anhydatt-Leder-Werke A. G. aus voller Ueberzeugung unterstützt. Nach den gerichtlichen Aussagen des Generalleutnants Herrn von Oven ist eine Einwirkung des damaligen Reichstagsabgeordneten, Herrn Erzberger, auf den Generalleutnant Herrn von Oven zugunsten der Anhydatt-Leder-Werke A. G. nicht erfolgt.
4. Der Staatssekretär a. D. Herr Dr. Helfferich behauptet endlich, nach den Zeitungsnachrichten, daß die Anhydatt-Leder-Werke A. G. während des Krieges Verkäufe ins neutrale Ausland getätigt und daß sie insbesondere ein kriegswichtiges Patent während des Krieges ins neutrale Ausland veräußert hätten. Die Anhydatt-Leder-Werke A. G. haben während des Krieges kein Leder und auch keinerlei Patent in das neutrale Ausland verkauft. Wegen Patentverkaufs haben Verhandlungen mit einer norwegischen Gruppe stattgefunden. Bei deren Einleitung haben die Anhydatt-Leder-Werke A. G. nicht nur die Genehmigung des zuständigen Generalkommandos, sondern auch die des Reichsamts des Innern eingeholt, dessen Staatssekretär damals Herr Dr. Helfferich war. Von beiden Stellen wurde die Genehmigung erteilt. Zu einem Abschluß sind diese Verhandlungen nicht geführt worden. Die Behauptung des Staatssekretärs a. D. Herrn Dr. Helfferich, daß von den Anhydatt-Leder-Werken A. G. ein Patent während des Krieges ins neutrale Ausland verkauft worden sei, entbehrt demnach jeder Begründung. Der Staatssekretär a. D. Herr Dr. Helfferich kann unmöglich einen Beweis für einen von den Anhydatt-Leder-Werken A. G. während des Krieges nach dem neutralen Ausland getätigten Patentverkauf in Händen haben. Wenn der Staatssekretär a. D. Herr Dr. Helfferich das trotzdem vor Gericht behauptet hat, so erkläre ich hiermit:

**Der Staatssekretär a. D. Herr Dr. Helfferich greift Dritte an, offenbar ohne einen Beweis für seine Angaben in der Hand zu haben.**

Berlin, den 16. Februar 1920.

**Dr. Kurt Saring**

Der technische Direktor der Anhydatt-Leder-Werke A. G.

Sersfeld.



Handelskammern oder Fachverbände?

Von Dr. rer. pol. Alfred Striemer.

Bei der Vorbereitung des neuen Reichswirtschaftsrates ist es zwischen den Fachverbänden und den Handelskammern zum Konflikt gekommen. Nach der gegenwärtigen Gesetzgebung sind die Handelskammern, die Handwerkskammern und die Landwirtschaftskammern die öffentlich-rechtlichen Vertretungen der betreffenden Wirtschaftsgruppen. Alle in das Handelsregister eingetragenen Firmen, d. h. also alle Vollkaufleute wählen zur Handelskammer. Die preussischen Handelskammern wurden in einem Landesausschuss zusammengefasst. Zur Regelung wirtschaftlicher Angelegenheiten regionaler Bedeutung sind die Handelskammern usw. infolge ihrer genauen Kenntnis der örtlichen Verhältnisse wohl geeignet. Sie versagen aber bei der Lösung der großen wirtschaftlichen Aufgaben, mit denen wir uns heute zu beschäftigen haben.

Neben diesen Kammern sind nun in den letzten Jahrzehnten Industrieverbände entstanden, die teilweise bereits sämtliche Angehörige eines Produktionszweiges im ganzen Reich umfassen. Sie sind allerdings freiwillige Organisationen, und darin liegt ihre Schwäche, sie besitzen kein Rechtsmittel, um alle Berufsangehörige in ihre Organisationen einbeziehen zu können.

In welchem traurigen Zustand der Organisationslosigkeit die deutsche Wirtschaft sich noch befindet, erhebt aus der Tatsache, daß in den meisten größeren Produktionsgebieten keine Stelle bekannt ist oder bis vor kurzem bekannt war, welche Unternehmer sich mit der Erzeugung dieser oder jener Produkte eigentlich befassen. Die Versteckten waren unvollständig, denn der Zusammenbruch war ja freiwillig. Aber noch viel trauriger sieht es mit der Produktionsstatistik aus. Kein Mensch kann heute sagen, wieviele Erzeugnisse dieser oder jener Gattung dem Gewicht oder Wert nach 1913 bzw. 1919 eigentlich in Deutschland hergestellt worden sind. Wir haben ja in der freien Wirtschaft das schöne Geschäftsgeheimnis, den Kern der Konkurrenz, das dazu führt, daß der eine Fabrikant einen lumpigen Katalog von seinem Konkurrenten nur auf dem Wege des Schleihhandels sich verschafft. Es fehlt ihm die "Kurage", den Herrn Konkurrenten direkt darum zu ersuchen!

Die industriellen Fachverbände sind heute außerordentlich wichtige Machtfaktoren, die souverän ihre Preise bestimmen, Liefer- und Verkaufsbedingungen feststellen, reine Monopole. In den sogenannten Fachausschüssen der Zentralarbeitsgemeinschaften sitzen wohl auch Gewerkschaftsvertreter, die man jedoch nur mit den harmloseren Angelegenheiten beschäftigt.

Zur Regelung der Ausfuhr sollen ja in den Außenhandelsstellen Selbstverwaltungskörper geschaffen werden, in denen auch die Verbraucher sich Gehör verschaffen können.

Es muß jedenfalls hervorgehoben werden, daß dieser neue Weg, ganze Fachgebiete zusammenzuschließen, an sich der richtige ist, und daß diese Organisationen einen viel größeren Einfluss gewinnen werden, als die lokalen Handelskammern. Uns Sozialisten können diese Fachverbände, so wie sie jetzt bestehen, selbstverständlich nicht befriedigen, auch nicht als Uebergangsstufen zu einer organisierten Wirtschaft. Sie bedeuten eine ganz ungeheure Machtvermehrung des Kapitalismus, sie gehen gegen sozialistische Angestellte rücksichtslos vor, um sich von ihnen nicht in die Karten sehen zu lassen, sie betrachten die Produktion als ihre private Privatangelegenheit, aber nicht als die wichtigste Angelegenheit der Volksgesamtheit, die das Recht hat, zu fordern, daß alle Interessen gerechte Berücksichtigung finden.

Heute sind diese Fachverbände, wie ein Kenner sie kürzlich treffend bezeichnete, "Gesangsvereine", d. h. weil sie keine Zwangsorganisationen, keine Einheiten sind, wie zum Beispiel Trübs, können sie der wirtschaftlich-wissenschaftlichen Durchdringung der Arbeit und Produktion nur unvollkommen dienen. Es fehlen ihnen die gesetzlichen Grundlagen, um die Normalisierung, Spezialisierung und Typisierung in der kürzesten Zeit und rationellsten Weise durchzuführen. Vielmehr hängt alles vom guten Willen, von freiwilliger Beteiligung, von dem Verständnis der einzelnen ab. Wenn aber ein Schiff in "Seenot" ist, dann muß der Kapitän bis in den letzten Winkel des Schiffes seine Macht dringen lassen.

Der jetzige Zustand, der allerdings ein Uebergang ist, kann nicht längere Zeit ertragen werden. Wir müssen fordern, daß nicht nur die Außenhandelsstellen gemeinwirtschaftlich aufgezoogen werden, sondern auch die Fachverbände, daß sie unter öffentliche Kontrolle gestellt werden.

Die Privatwirtschaft ist die Geheimwirtschaft und als solche Quelle starker Unmoral, die vom Unternehmer auf die bezahlten Mitarbeiter sich überträgt. Die wirtschaftliche neue Wirtschaft, die nicht in Form von Kommanditgesellschaften, wie "Dram", sondern in öffentlich Rechnung legenden Korporationen schaffen soll, wird sich auf die zu Einheitsorganisationen zusammengeschlossenen Fachgruppen aufbauen, die in der Lage sein müssen, mit den hervorragendsten Sachkundigen an den Spigen die Produktion als öffentliche Angelegenheit nach gemeinwirtschaftlichen Grundätzen zu führen. Handelskammern werden ihre Bedeutung verlieren.

Verbandstag der Landarbeiter.

Nach Schluß der Erörterungen über Tarifverträge und Arbeitszeit wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die scharf protestiert gegen die Vorhaben des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft, der in einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium verlangt, daß in der Landarbeitordnung das Wort "Höchstleistungszeit" durch "Normalarbeitszeit" ersetzt und die Jahresarbeitszeit von 2000 auf 2075 Stunden verlängert wird, und daß für das Gefinde überhaupt keine bestimmte Arbeitszeit herrschen soll. Weiter sagt die Resolution, die geforderte Verlängerung der Arbeitszeit durch Krieg liege nicht im Interesse der Landwirtschaft, sie sei auch im Interesse der Volksernährung nicht notwendig. Die im Deutschen Landarbeiterverband organisierten Landarbeiter verkennen die Schwierigkeiten des Wirtschaftslebens nicht, sie seien bereit, die notwendigen Ueberstunden in der Saat- und Erntezeit gegen entsprechende Vergütung zu leisten, damit die Volksernährung ungestört abgehe.

Beschlossen wurde: Kinder unter 14 Jahren sind von der Arbeit fernzuhalten. Das Hofgängerwesen ist zu befristigen, die Hofgänger sind als freie Arbeiter zu beschäftigen.

Die Ortsgruppe Lombar-Vielberg beantragte: Anerkennung des Massenstreiks durch den Verband bei allen Angelegenheiten, die das Proletariat in seinem Befreiungskampf braucht.

Der Antrag wurde mit 59 gegen 35 Stimmen abgelehnt. Bei der Minderheit erlitten lebhaft "Wut"-Rufe, die der Vorsitzende Georg Schmidt rügte mit dem Bemerkten: Wenn das deutsche Volk verhungert, werden Sie nicht mehr "Wut" rufen.

Ein Antrag, der die Befestigung der Frauenarbeit in der Landwirtschaft fordert, wurde abgelehnt, weil er zurzeit nicht durchführbar sei.

Zu einer kurzen Erörterung kam es bei der Abstimmung über einen Antrag, der verlangt, daß auch in der Landwirtschaft der Achtstundentag eingeführt wird.

Die Abstimmung blieb zunächst zweifelhaft, was dadurch erklärt wurde, daß der Antrag nicht richtig verstanden sei. Er bezog sich nicht auf die Forstarbeiter und Schweizer, sondern nur auf die eigentlichen Landarbeiter. Der Antrag wurde als erledigt betrachtet, nachdem der Verbandsvorsitzende Schmidt er-

klärt hatte, der Vorstand werde noch wie vor für die Verkürzung der Arbeitszeit eintreten, so weit es möglich sei.

Der Beschluß eines Kartellvertrages mit dem Leipziger Schweizerbund wurde einstimmig abgelehnt.

Verbandsdirektor Haack referierte über

Die Korngestaltung der Arbeitsverhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft.

Der Referent beleuchtete die Entwicklung der Landarbeiterbewegung unter dem Einfluß des durch die Revolution geschaffenen neuen Rechts. Dann besprach er das Betriebsrätegesetz und sagte, man mag sich zu demselben stellen, wie man will, es ist der gesetzliche Ueberbau der von den Arbeitern in den Betrieben erkämpften Rechte in der bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der Nationalversammlung und der Regierung möglichen Form. Wer mehr von dem Gesetz verlangt, der hätte für eine andere Zusammensetzung der Nationalversammlung sorgen müssen, was leider durch den Zwiespalt der Arbeiterschaft vereitelt worden ist. Nur ein einziges Proletariat kann die Rechte schaffen, die es braucht. Sehr gut es, die Rechte, die das Betriebsrätegesetz den Arbeitern gewährt, in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben auszunutzen und dahin zu wirken, daß bei der in Aussicht stehenden Reform der Land- und Forstwirtschaftskammern den Arbeitern eine gleichberechtigte Mitwirkung zugesprochen wird. Unter Ausnutzung unserer Rechte und der Macht unserer Organisation werden wir in absehbarer Zeit mit dem Herrschaftspunkt der Agrarier aufzukommen können. Die Arbeiter müssen Einfluss auf die Produktion bekommen und ihn in der Richtung ausüben, daß die landwirtschaftliche Produktion nach Möglichkeit gesteigert wird. Die deutsche Landwirtschaft darf nicht der Willkür des Grundbesitzer überlassen bleiben. Die Lebensmittelproduktion muß in der für sie geeigneten Form in Gemeinwirtschaft übergeführt werden. Dabei mitzubedenken sind die Landarbeiter in erster Linie berufen. Unsere Aufgabe ist es, die Arbeiter für diesen Zweck zu schulen. Jetzt, unter den schwierigen Ernährungsverhältnissen, können wir nicht daran denken, Sozialisierungsexperimente in der Landwirtschaft zu machen. Wir müssen unsere Rechte und unsere Macht benutzen, um das kapitalistische System umgestalten, so daß die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in nicht zu ferner Zeit vom Kapitalismus befreit sind. (Beifall.)

Der Verbandsdirektor Dr. E. Rosenfeld beleuchtete die rechtliche Lage der Landarbeiter.

Ein Diskussionsredner kritisierte die Bestimmung des Betriebsrätegesetzes, welche den landwirtschaftlichen Betrieben mit weniger als zehn Arbeitern keinen Obmann zugesieht. Dadurch würden alle Wirtschaften bis zu einem Umfang von 500 Morgen ausgeschlossen. Die Bestimmung sei ein Ausnahmengesetz gegen die Landarbeiter, denn die Industriearbeiter bekommen schon in Betrieben mit fünf Arbeitern einen Obmann.

Ein anderer Redner wandte sich sehr scharf gegen den soeben bekanntgemachten Erlaß Kossels, der die Stilllegung der Lebensmittelbetriebe verbietet. Dieser Erlaß richte sich gegen das Koalitionsrecht der Landarbeiter und diene den Interessen der Agrarier.

Albrecht, Vorsitzender des Verbandes der Gärtner, teilte mit, daß ihm ein Gebot aus dem Ministerium gekommen sei, eine Versammlung der Landarbeiter in der Landwirtschaftskammer könne den Arbeitern nur in Arbeiterfragen, aber nicht in wirtschaftlichen Fragen Parität zugesprochen werden, das entspricht der Eigenart der Landwirtschaft. Anschließend solle also das — sagte der Redner — was ein sozialdemokratischer Minister vielleicht gemollt habe, durchkreuzt werden. Er erlaube die Landarbeiter, mit aller Schärfe die volle Parität in den Landwirtschaftskammern zu verlangen.

Dieser Forderung schloß sich Haack im Schlußwort an und der Verbandstag erklärte sich ebenfalls für dieselbe.

Einstimmig angenommen wurde eine Protestresolution gegen die Beschlagnahme von Gewerkschaftshäusern durch die Entente-Kommission

im ober-schlesischen Abkommungsgebiet. Es wird gefordert, daß die Regierung die Freigabe des bereits beschlagnahmten Gewerkschaftshauses in Mailor erwirkt und daß sich die Landarbeiter an der Abstimmung für Deutschland beteiligen.

Dem Vorstand wurde ein Antrag überwiesen, der die Errichtung von Fortbildungsschulen für Landarbeiter fordert.

Die Verhandlungen werden heute, Donnerstag, fortgesetzt.

Wie ich Richard Dehmel kennen lernte.

Von Julius Perlef.

Es war im Sommer 1906. Von Schweligen her war ich nach Heidelberg am Redar als Leder, fröhlicher Wanderburleske gekommen und hatte mich im "Brünnchen" zu Heidelberg gegen fünfzig Pfennig pro Nacht einlogiert. Die Hofe hatte Blumenfenster und ich war froh gewesen, wenigstens auf vierzehn Tage einen Ausbils-posten zu bekommen. Meine Mahlzeiten nahm ich in der Heidelberger Volkshaus ein, der Billigkeit halber, um Geld für eine neue Hofe recht bald flüssig zu haben. So mußte ich denn jeden Tag zweimal über die berühmte rote Sandsteinbrücke, ohne die Heidelberg im Wilde nicht denkbar ist. Wenn ich nun abends meinen fändigen Magen mit Brotartoffeln oder Brotsuppe gefüllt hatte, erlaubte ich mir das Vergnügen, die schöne Allee von der Stadthalle am Redar entlang bis zur Brücke in gemütlicher Bedächtigkeit heimwärts zu wandern.

Auf einem dieser Heimwege lernte ich Richard Dehmel kennen, jedoch nicht persönlich, sondern durch eine Anzeigenkule. Ein gelbes Plakat mit schwarzen Lettern verkündete: "Richard Dehmel liest eigene Dichtungen, unter anderem 'Die Lebendmesse'". Ich hatte noch nie etwas von Dehmel gehört.

Es gab zur damaligen Zeit für mich keinen größeren Dichter als Heinrich Heine. Aber die Begegnung mit diesem Plakat ward in mir zu einem Ereignis, als ob ich einem schönen Mädchen auf der Straße begegnet sei, das mir durch einen eigentümlichen Blick jene Art Verfolgungsucht in die Seele gestreut, die bei reiflicher Ueberlegung Verliebtheit heißt. Ich fühlte mich betreten und erniedrigt in meiner Handwerksfähigkeit und quälte mich, daß ich, ein Ausländer, mich nicht unter die Tempelherren wagen dürfte.

Gleichwohl tröstete ich mich und wartete der Verstandlungen der Presse. Ich verfaßte die Berichte, die von einem weitergebräuterten, nicht eben häßlichen Monne sprachen, in ärgerer Stier, als am gleichen Tische die Volksliedersammlungen ihr Souverän mit Andeln. Dann bin ich diesem Namen Dehmel gefolgt, wo ich ihn ermischen konnte, meine leidenschaftliche Begeisterung für den Pariser Sängers des deutschen Liedes war im Schwinden begriffen.

Als ich in Heidelberg so viel verdient hatte, daß ich es in Ehren mit einer neuen Hofe verlassen konnte, ließ ich meinen Brotberrn, der mich mit tyrannischer Herrschaft gezwiebelt hatte, im Stich und ging nach Frankfurt am Main.

Auch dort verfolgte mich der Name Dehmel im Stillen bis in die kleinsten Winkel des Faustens. Endlich — bei einem Regitationsabend des Frankfurter Bildungs-Ausschusses — ward meinem Heißhunger etwas Sättigung. Man rezitierte unter anderem sein "Zu eng". Mein jugendlicher Geist war damals zu wenig geläutert, um das Gedicht in seiner ganzen Macht und seiner sozialen balladischen Seherhaftigkeit zu erfassen, doch war ich tief erschüttert.

Ich ahnte Dehmel. Ich ahnte ihn jahrelang, als ich sein Werk

tagtäglich auf meinem Tische liegen haben durfte. Und was blieb, einem jungen, unbeeinflussten Menschen anders übrig, als Dehmel in seinen größten und gewaltigsten Dichtungen zu ahnen —? Wie ein Sping-Christus steht er uns gegenüber mit der Stirn, in die Friedrich Nietzsche seine Furchen hineingepflügt hat. Er selbst nur ein Ahner. Im Garten Wehsemans kniete er und betete:

"Woh denn diese Welt sich erst vernichten, um das Reich des Friedens aufzurichten!"

und er fühlte alle Zellen der Blätter und Halme bis in seine Fingerringen erzittern. Alles, was sich regte draußen in der Welt, während er kniete, regte sich fort bis in die kleinste Zelle seiner Venen und über die tiefste Pfäde menschlichen Jammers ließ er noch einen Sonnenstrahl schimmern. Nicht wie Arno Holz oder Hensel ist er mit Trompetentönen in die Arena der Zeit hineingeritten, sondern er kam furchig wie ein adeliger Heiland der Dichtung und trug um seine Mundwinkel den Zug geistigen Kompromisses, der seit der Zeit Goethes Heimatrecht verloren zu haben schien. Er nannte seine Vor-schaft: Liebe! und seinen Kampf: Erhöhung! Und er erhöhte alles, was des Adels wert war.

Er adelte nicht zuletzt die Armen, die Unterdrückten, und sein Weißschild für die im Schatten des Daseins Wohnenden gab der deutschen Kunst einen Rembrandt des Dichtertums nach einer alles umfassenden Menschheitsreligion. Jener Religion der All-Liebe, die selbst dem Verkommensten des Tiermenschen die Hand zu reichen vermag, um ihn nach den Wurzeln des Übels zu richten. Sein Gott ist der Gotteslohn, von einer Magd geboren, um Mensch zu sein. Ganz Mensch, um sich durch die Leiden und Freuden der Welt hindurchzuläutern.

So steht Dehmel vor uns, so steht er heute überhaupt da wie ein Einsamer deutscher Sprache, so wenig verstanden, wie Lilienron Wärdigung erfahren hat. Beide stehen in der deutschen Dichtung nebeneinander, obwohl beide grundverschieden sind in Art und Sprache. Der eine reitet lakisch auf sein Ziel los, der andere ergabelte es, aber wenn sie sich beide prästen, ist es das gleiche: die Liebe! In Dehmel glühte sie empor und hinauf durchs Blut, er schien an die Erde zu lehnen und jeden Pulsschlag der kosmischen Welt wie der menschlichen Seele in Worte bändigen zu müssen, die Kraft geben, Mensch zu sein! Das näherte ihn der Menschheit als Miststreiter, als Mistfänger, und wenn man ihm auf seine Gipfel folgt, ist man nicht einiam wie Horatius, sondern man sieht Welt und Menschen um sich und weiß:

Da — o Glück! — abnt du sie, die Pflicht der Welt! Ja; von Spähren bin zu Spähren muß sie Saat und Saaten gebären, bringt sie uns das Bild der Welt: riefeind wie aus dunklem Liede ist es Liebe, Liebe, Liebe von Nacht zu Nacht, von Pol zu Pol — —

Hein Keller, die blinde, taube, humme Amerikanerin, die mit eiferner Willenskraft sich gegen ihr Schicksal zu behaupten vermochte, hat, wie der Verlag Rob. Zug, Stuttgart, bekannt gibt, "für alle Zeiten" auf alle ihre Einkünfte aus der deutschen Ausgabe ihrer Schriften zugunsten der deutschen Kriegsblinden-tauben und -stummen veräußert.

Ein neues Werk Georg Kaiser, der Einakter "Juan a", wurde anlässlich des Leipziger Pressefestes am Sonntag im Neuen Theater uraufgeführt. Die Problemstellung ist alt: Das Weib zwischen zwei Männern. Auch die Konfliktverwicklungswandlung lehnt sich an Vorbilder an: Juanas Gemahl ist jahrelang verschollen und wird von ihr tot geglaubt. Da heiratet sie dessen besten Freund und lebt mit ihm glücklich — bis der erste Gatte wieder auftaucht. Neu, aber erklügelt und kühl: bis ans Herz heran lassend ist allenfalls das Gedankengebäude, daß sich über diesem Konflikt in Juanas Weibchen erhebt. Juanas kann sich für keinen der beiden Männer gegen den anderen entscheiden. Beide liebt sie gleich stark und beiden sucht sie in einer langen Ansprache diese Eigentümlichkeit ihres Gemütes beizubringen. Als die unvernünftigen früheren Freunde und jetzigen Feinde auf ihren Gedankengang nicht eingehen, trinkt sie den Giftbecher selbst, der sie nach der Ueberkunft der beiden dem reichten sollte, der auf diesem Jammerthal überflüssig ist. Ueber die Verbe der geliebten Frau reiden sich die Männer die Hände. Das Untopfer Juanas hat die Freundschaft der beiden neu geboren. Also war es, nach Georg Kaiser, nicht vergebens. Denn die Freundschaft ist größer als die Liebe. Wieder nach Georg Kaiser. Nicht nach uns. Denn uns lassen die beiden rechtschaberischen, aufgeregten Männer so kalt wie die reife Fein.

Es werden keine Charaktere in dem Stück gezeigelt. Ueberhaupt keine lebendigen Menschen. Drei Wesen werden vielmehr als Mittel benutzt zu dem Zweck, uns eine Gedankenballett zu demonstrieren, die wohl Kultur hat und uns zeitweise in Spannung versetzt, die uns aber niemals erwärmt. Die gute Aufführung fand Schwachen Beifall.

Eine akademische Pannschlüssel ist vor einiger Zeit in der Unterstadt Münster eingerichtet worden. In der neuen Auflage der Schrift von Prof. M. G. Wolschmidt "Psychologische Notizen zur Erklärung des Studiums" wird mitgeteilt, daß sie sich bewährt hat. Zur Veranschaulichung eines Ueberblicks über Methoden und Hauptziele einer Wissenschaft werden den Studenten Monographien und Biographien angegeben; nicht etwa Kompanden, die mit ihrem Konglomerat von Einzelwissen häufig den Wald vor Büumen nicht erkennen lassen. Besonders viele Kommissionen fanden bereits bei Beginn ihres Studiums Aufschluß über ihre Eignung für gewisse Anforderungen des Berufs, den sie in erster oder in zweiter Linie ins Auge gefaßt hatten, zumest auf Grund einer entsprechenden Eignungsprüfung, z. B. betreffs abstrakter Eignung zum Aus-sultieren, oder etwa betreffs der Wortbewandlung in ihrer Beziehung zur Redeanspruchheit. Die Schrift ist durch das Philosophische Seminar der Universität Münster i. W. zu beziehen.

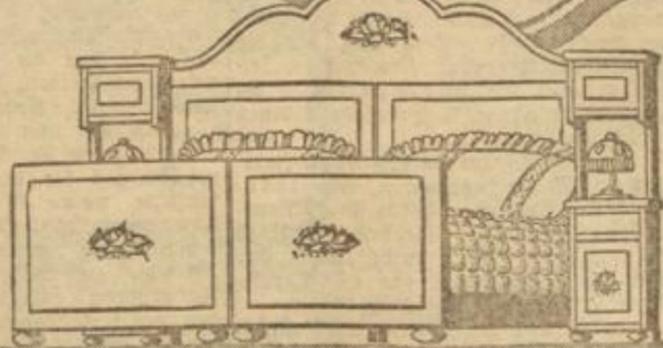
Manes "Olympia", das Hauptwerk des großen französischen Symbolisten, das sich nach seinem Tode in eine "Ständepolitik Aufnahme fand, hat endlich im Louvre ihren verdienten Ehrenplatz gefunden. Dies geschah aber nur auf ausdrücklichen Befehl Clemenceaus, wie im "Bulletin de la Revue" zu lesen ist.

# HERMANN

## Preiswerte Lebensmittel

- |   |   |
|---|---|
| <b>Weißer Bohnen</b> Pfd. <b>4<sup>60</sup></b>               | <b>Linsen</b> Pfd. <b>6<sup>75</sup></b>                    |
| <b>Erbse</b> prima Pfd. <b>4<sup>95</sup></b>                 | <b>Maismehl</b> weiß Pfd. <b>3<sup>75</sup></b>             |
| <b>Halbgeschälte Hülsenfrüchte</b> Pfd. <b>4<sup>40</sup></b> | <b>Apfelmus</b> 2 Pfd.-Dose <b>4<sup>25</sup></b>           |
| <b>Backobst</b> Pfd. <b>5<sup>95</sup></b>                    | <b>Pflaumen</b> Pfd. <b>6<sup>95</sup></b>                  |
| <b>Getrocknete Karotten</b> Pfd. <b>2<sup>40</sup></b>        | <b>Maronen</b> Ed.-Kastanien Pfd. <b>2<sup>20</sup></b>     |
| <b>Stachelbeeren</b> 2-Pfd.-Dose <b>4<sup>95</sup></b>        | <b>Bücklinge</b> Pfd. <b>6<sup>95</sup></b>                 |
| <b>Grüne Heringe</b> Pfd. <b>3<sup>95</sup></b>               | <b>Prima Salz-Schneidebohnen</b> Pfd. <b>1<sup>10</sup></b> |

**Preiswerte Schlafzimmer**  
in einfacher u. vornehmer Ausführung  
komplett mit  
**Betten + Daunendecken**  
**Bettwäsche**



**Bettfedern-Fabrik Lustig**  
Berlin, S. Prinzenstr. nur 46 u. 47  
Eingang nur unter Glaslupe  
Gustav

### Theater, Lichtspiele etc.

- Opernhaus.** Die Jüdin. Anfang 9 1/2 Uhr.
- Schauspielhaus.** Die Gabe Gottes. Anfang 7 Uhr.
- Deutsches Theater.** Und Pippa tanzt. Fig. 7 1/2; D. Sendung Semuels.
- Kammerspiele.** Der Unmensch. Fig. 8 Uhr; Der Unmensch.
- Gr. Schauspielhaus.** Karstraße. 7 Uhr; Hamlet (10. Abt., 2. A.); Fig. 7; Hamlet (11. A., 2. A.).
- Theater l. d. Königgrätzerstraße.** 7 1/2 Uhr; Schloß Wetterstein; Freitag; Schloß Wetterstein; Sbd.; Schloß Wetterstein; Sg.; Stützen der Gesellschaft; 3 Uhr; Erdgeist (M. Orska).
- Komödienhaus.** 7 1/2 Uhr; „Sie“.
- Berliner Theater.** 7 Uhr; Der letzte Walzer.
- Residenz-Theater.** Stadtbahn Jannowitzbrücke. Täglich 7 1/2 Uhr.
- Evchen Humbrecht.** Sonnabend 4 Uhr, kleine Pr.; Max und Moritz. Sonntag 4 Uhr; Der gute Ruf.
- Trianon-Theater.** Bahnhof Friedrichstraße. Täglich 7 1/2 Uhr.
- Femina.** Sonnabend 4 Uhr, kleine Pr.; Hansel und Gretel. Sonntag 4 Uhr; Johannisfeuer.
- APOLLO**
- Theater.** Friedrichstraße 218. Dir.: James Klein.
- 7. Februar 7 1/2.** Die weitherüberste
- Fregolia**
- in ihren 100 Verwandlungen u. Illusionen. Gertrude Barrison aus London zurück 6 Grunatos Salontrobraten
- Geschw. Blumenfeld**
- Lufakt
- 6 Chung Hang** Chinesische Gaukler
- Bivra, Drahtseil
- Simon u. Arford
- Pierrots am Reck.
- Stg. 3 1/2 Uhr jed. Kr. wachene 1 Kind frei
- Felles Caprice**
- Eck, Friedrich- u. Lindenstraße
- Täglich 7 1/2
- Oh dieser Nownek!** Zwangsquartierung. Die abgetrennte Frau mit Ferdinand Grünecker in den Hauptrollen.
- Volksbühne** Theater am Bülowplatz. 7 1/2; Götz von Berlichingen.
- Lessing-Theater.** Direktion: Victor Barnowsky. 7 1/2 Uhr; Pygmalion. Freitag 7; Peer Gynt. Sonnabend 7 1/2; Pygmalion.
- Deutsches Künstler-Theater** Abends 7 1/2; Die Marquise von Arcis. (Konstantin, Servas, Stralman-Witt, Weiss).
- Central-Theater** 7 1/2 Uhr; Fräulein Puck.
- Deutsches Opernhaus** 7 Uhr; Die Fledermaus. Die Tribüne. 7 1/2 Uhr; Franziska. Eden-Theater 7 1/2 Uhr; Helenens Ehemänner. Friedr.-Wilhelms-Th. 7 1/2 Uhr; Die zärtl. Verwandten. Kleines Theater. 7 1/2 Uhr; Die Pfarrvikar-Komödie. Kl. Schauspielhaus. 7 1/2 Uhr; Die unberührte Frau. Komische Oper. 7 20 Uhr; Dichterliebe. Stg. 3 1/2 Uhr; Schwarzwalddädel. Lustspielhaus. Arnold Rieck in: 7 1/2 Uhr; Der Großstadt-Kavaller. Metropol-Theater. 7 Uhr; Sybill. Sonnt. 3 Uhr; Charleys Tante mit Thielischer. Neues Operettenhaus. Mia Werber als Gast in: 7 1/2 Uhr; Die kleine Heide. Stg. 3 1/2 Uhr; Die Dame v. Zirkus. Schaller-Theat. Charl. 7 1/2 Uhr; Nacht d. Finsternis. Thalia-Theater 7 1/2 Uhr; Die närrische Liebe. Th. am Nollendorfplatz 3 1/2 Uhr; König Lear. 7 1/2 Uhr; Der tiefgestellte. Theater des Westens. 7 1/2 Uhr; Die Frau im Hermelin. Sonnab. 4; Max und Moritz. Stg. 3 1/2 Uhr; Die lustige Witwe. Wallner-Theater. 7 1/2 Uhr; Eine Ballnacht. Stg. 3 1/2 Uhr; Galsba m. Mia Werber. Walhalla-Theater. 7 1/2 Uhr; Csárdásfürstin.
- Rose-Theater.** 7 1/2 Uhr; Seine zweite Frau.
- Casino-Theater** Lohringstr. 37. Tägl. 7 1/2; U. U.; Letzter Monat. Seit November auf erhöht; Schniepels Lene. Der Schläger aller Posen. Neue Februar - Spezialisten. Sonntag 3 1/2; Die Wunderkur.
- Residenz-Ka ino und** 11 Blumenstraße 10. Tanz und Kabarett.

**Großes Schauspielhaus**  
Sonntag, 22. Februar, nachm. 2 1/2 Uhr  
außer Abonnement:  
**„Orestie“**  
Regie: Max Reinhardt  
Hauptrollen:  
Alexander Wolff, Auguste Hanfstaengl, Paul Hartmann, Gustav Gähner, Otto Krums, Josef Rietz, Fritz Hilber, Margarete Christmann, Harald Poulsen.  
Preise Pl. Nr. 10 bis 2. Billets: Theaterstoffe, H. Westheim und im Invalidentau.

**Admirals-Kino** Das Brillantenschiff. 7-11

**Admirals-Palast** Die lustige Puppe. 7 1/2 Uhr.

**Heute letzter Tag!**  
**UFA**  
**Lichtspiele Taunzenpalas**  
Das ungewöhnlich erfolgreiche ungarische Filmwerk!  
**Boccacios Liebesabenteuer**  
Ein galantes Trauerspiel  
In der **Ica v. Lenkeffy**  
Ab Freitag: Der Amönonhof mit **Ellin May**  
Wochentags: 7 und 9 1/2 Uhr / Sonntag: Beginn 4 Uhr  
Vorverkauf 11 bis 1 Uhr

**Die Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen**  
Medizinischer Belehrungsfilm der Kultur-Abteilung der „Ufa“ mit erläuterndem ärztlichem Begleitvortrag veranstaltet von der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und dem Landesausschuss für hygienische Volksbelehrung  
Jeden Freitag u. Sonnabend 4 1/2 Uhr nachm. Sonntag 11 bis 1 Uhr vorm. tags  
**Ufa - Lichtspiele Taunzenpalas**  
Taunzenstrasse 19  
Vorverkauf 11 bis 1 Uhr  
Jeden Montag u. Dienstag 4 1/2 Uhr nachm.  
**Kammerlichtspiele, Potsdamer Platz**  
Jed. Mittwoch u. Donnerstag 4 1/2 Uhr nachm.  
**U.T. Alexanderplatz**  
Vorverkauf 11 bis 12 Uhr  
Sämtliche Vorstellungen zu ermäßigten Preisen

**Film-Palast Kammersäle**  
Belle-Alliance-Straße 5, Ecke Teltower Straße.  
= 4 Wochen Mia-May-Zyklus =  
**Die Herrin der Welt**

I. Teil 17.-19. 2.	II. Teil 20.-22. 2.	III. Teil 24.-26. 2.	IV. Teil 27. 2.-1. 3.
V. Teil 2.-4. 3.	VI. Teil 5.-8. 3.	VII. Teil 9.-11. 3.	VIII. Teil 12.-15. 3.

Vorverkauf täglich 11-1 Uhr.

**Circus Busch**  
Heute Donnerstag 7 1/2 Uhr:  
Das große Zirkus-Programm.  
Geschw. Chaverial  
u. Drahtseilkünstler. u.  
3 Urbanis, Kraftturner  
Amateur-Reiten  
100 M. erhält, wer dreimal  
steht, die Manège umreitet.  
Sowie die üb. Nummern.  
Großes Post-Trott-Ballett  
in „Aphrodite“.

**Schall u. Rauch**  
Im Großen Schauspielhaus  
Karstr., Schlüterdenkmal.  
Neues Februar-Programm:  
Gussy Holl  
Mady Christians  
Paul Graetz  
v. Twardowski  
Klabund  
Orca Doerk  
Maria Lux  
Musik. Ltg. Friedr. Hollander  
Filmconference  
Karl Krausentum u. Walter Trier  
Eröffnung 7 1/2, Beginn 8 1/2 U.

**Rote + Lotterie**  
Yorck-P.-Mineraltas E. V.  
307 Geviertel, GutsMuths-Platz  
Ziehung schon 4. u. 5. März  
**100 000**  
**50 000**  
**10 000**  
Hauptgewinne: Markwert  
Lose à 3 M. (Porto u. Liste  
Nachnahme 30 Pf. teurer.)  
10 Lose sortiert einschl.  
Porto List. N. 30  
G. Dischlatz & Co.,  
Bank- u. Lotteriegeschäft,  
Berlin C 2, Königstraße 51.  
Zu hab. in sämtl. Lotterien-  
und Zigarrengeschäften.

**Theater am Moritzplatz**  
**Hass**  
Drama in 6 Akten mit  
Manja Tzatschewa.  
**Abenteuerblut**  
Südamerik. Abenteuer  
Der Detektiv Joe Deeks  
(Karl Auen.)  
Einlaß 6.10 - 8.30.

**Olympia-Theater**  
(früher Volgt, Badstr. 58)  
Täglich 7 1/2 Uhr abends:  
Der Operetten-Schlager  
**Polnische Wirtschaft**  
Operette in 3 Akten.  
Musik: Jean Gilbert.

**Reichshall-Theater**  
Jeden Abend 7 1/2, und  
Sonnt. Am. 11.  
**Stettiner Säng.**  
Wochentags  
ermäßigter Preis

**Winter-Garten**  
Täglich 7.30 Uhr:  
**Varieté-Spielplan**  
Rauchen gestattet!

**UFA Lichtspiele FRIEDRICHSHAIN**  
Schweizer Garten, Am Friedrichshain 29-32.  
Vom 19. bis 26. Februar:

**Todesurteil**  
Tendenzfilm von Martin Berger.  
Hauptdarstellerin **Fr. Grete Ly** u. Regisseur **Martin Berger**  
heute abend 7 Uhr persönlich anwesend.

**Kupfer**  
**Messing**  
**Zinn**  
Sämtl. Metalle  
**Quecksilber**  
**Platin**  
**Gold-**  
**Silber-**  
**abfälle**  
**Zahngelbte**  
kauft zu riesig  
**hohen Preisen**  
in unseren  
**6 Einkaufsstellen**  
**Metall-Zentrale**  
1. Brunnenstr. 11  
(am Rosenthaler Pl.)  
2. Fennstr. 48  
am Weddingplatz  
3. Beußeistr. 29  
(nahe d. Turmstraße)  
4. Bahnhofstr. 2  
am Anhalt. Bahnhof  
5. Neukölln,  
Kaiser-Friedrich-  
Straße 229  
(nahe Hermannplatz)  
6. Weidenweg 72  
(am Italienplatz).

**Brillanten**  
Gold- und Silberbruch  
**Platina**  
sowie ganze Schmuckgegenstände  
kauft jederzeit  
**Link & Co.,**  
Juwelensabrik,  
Rammontantenstr. 61, Sonn. 11.

**Was in jeder Ehe fehlt,**  
das ist das von Friedr. Robert jetzt bereits in  
6. Aufl. erschienene, mit 46 vortrefflichen, den  
Text erläuternden Abbildungen versehenen Werk  
**„Die Offenbarungen im Geschlechtlichen“**  
Das Urteil aller ist einzig günstig. Von der  
Wissenschaft ist das Buch rückhaltlos aner-  
kannt, leider war das Buch in letzter Zeit verboten.  
Wer das Glück seiner Ehe festigen will, wer  
die Quaien, die die Gatten während der ganzen  
Geschlechtsperiode empfinden, vermeiden  
möchte, dem empfehlen wir die wissenschaft-  
lichen Ausführungen, wie solche in dem Buche  
„Die Offenbarungen im Geschlechtlichen“ ent-  
halten sind, aufs angelegentlichste, es wird wie  
eine Befreiung von Not und Pein empfunden  
werden. Dieser Vortrage wegen ist dieses Buch  
beliebt, wie kein anderes in der Ehe.  
Preis M. 7.50, Nachm. 6 Pf. teurer. 165/3  
Linsler-Verlag, Berlin-Pankow 100 1.

**Brillanten Juwelen**  
Berlen  
Balkhausstr. 155, Sophien- u. Gde. Unter d. hohen Profilen  
Triebergstr. 155, Sophien- u. Gde. Unter d. hohen Profilen  
Staben, gegenüber d. Bismarck-Ged. Remtr. 1099

**Meine großen Möbel-Läger**  
mit Speisekammern, Gardenzimmern, Schlaf-  
zimmern, Eder- u. Gobelin-Garnituren, Büsch-  
lofen, Truhen, Schränke, Verfüge, kom-  
pletten Kücheneinrichtungen in der Brunnenstraße  
Nr. 7, Nr. 8 u. Nr. 100 oder Rosenhäger Platz bei  
Haupteingang  
**Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7**  
Geöffnet von 8-6

Stärke, welche die Entente so in Schrecken versetzt haben, daß sie notgedrungen zurückwich.

Diese Beweisführung erinnert einigermaßen an die bekannte Verteidigung des Mannes, der angeschuldigt war, einen ihm geliebten Kochtopf zertrümmert zu haben und vor Gericht erklärte: Erstens habe ich mir den Topf nie ausgeliehen, zweitens war er schon entzwei, als ich ihn bekam.

Der alldeutsche Phrasentopf hat einen großen Sprung gekriegt, soviel ist auf jeden Fall sicher.

In der „Deutschen Tageszeitung“ deutet Graf Reventlow bereits an, daß die deutschen Richter gegen die Aburteilung der Angeklagten streifen möchten, weil sie die Entente „unter fröhlicher Zustimmung der Regierung als unzuverlässig, als moralisch minderwertig unter ausländisches Kuratel stellen will“.

Diese Hegelei ist ebenso frivol wie verlogen. Das Reichsgericht wird die volle Möglichkeit haben, unbeeinflusst und ohne jeden Druck von außen nach bestem Wissen und Gewissen Recht zu sprechen. Daß die Entente sich die Anerkennung seiner Urteile vorbehält, ist ein Umstand, durch den sich die Richter weder beeinflussen lassen dürfen noch sollen. Wenn die alldeutsche Presse behauptet, daß dieser Umstand die deutschen Richter an einer objektiven Rechtsfindung verhindert, so ist das eine ungeheure Verleumdung für die große Mehrheit des deutschen Richterstandes. Denn mindestens neun Zehntel aller Richter urteilen in unteren Instanzen mit dem ständigen Bewußtsein, daß ihr Urteil von der höheren Instanz jederzeit aufgehoben werden kann. Nach der Logik des Grafen Reventlow müßte sich jeder Amtsrichter weigern, künftig noch Urteile zu fällen, weil das Landgericht seine Urteile annullieren könnte. Jedenfalls: Wie die Entente sich zu ihrem Urteil stellt, ist eine Frage, welche die Reichsrichter gar nichts angeht, sondern allein die Reichsregierung.

### Herr Lawerenz — politischer Bandit!

Die „Deutsche Tageszeitung“ berichtet über eine Versammlungsprengung in Swinemünde und schreibt im Anschluß daran mit höchstem Pathos sittlicher Entrüstung:

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um solche Gewaltakte politischer Banditen künftig in Deutschland unmöglich zu machen?

Die Versammlung, deren Sprengung die „Deutsche Tageszeitung“ zu so starken Worten veranlaßte, war, wie man sich denken kann, eine von den Deutschnationalen einberufene. Aber bei der bekannten Objektivität des Blattes muß ohne weiteres angenommen werden, daß die „Deutsche Tageszeitung“ den Straußdruck „politischer Bandit“ ohne Ansehen der Person und Richtung auf alle anwendet, die sich der gewalttätigen Versammlungsprengung schuldig machen. Und in diesem Zusammenhang darf wohl daran erinnert werden, daß am 14. November 1919 der deutsch-nationale Abgeordnete von Berlin, Herr Lawerenz, es war, der eine von der „Deutschen Liga für Völkerverständnis“ in der Philharmonie einberufene Versammlung, in welcher der Minister Erzberger reden sollte, an der Spitze bewaffneter alldeutscher Stoßtrupps mit Gewalt auseinandersprengte. Die führende Rolle des Herrn Lawerenz geht ungeldeutlich daraus hervor, daß er, nachdem die vorgesehene Referenten am Sprechen verhindert und ihre Anhänger aus dem Saal gedrängt worden waren, die Versammlung als „seine“ übernahm und als Referent das Wort ergriff.

Herr Lawerenz ist also in den Augen der „Deutschen Tageszeitung“ ein politischer Bandit. Ein strenges Urteil, aber wir sind diesmal nicht in der Lage, dem alldeutschen Blatt zu widersprechen.

### Die Abkehr von der U. S. P.

Die Presse der Unabhängigen hatte seit jeher einen Defizit, der im umgekehrten Verhältnis zu ihrem Rundwerk steht. Allmählich scheinen nun auch in den Reihen der Getreuesten Zweifel an der Qualität der politischen Fähigkeiten dieser Presse zu entstehen. Besonders stark scheint die Welle der Ernüchterung in Oberschlesien, dieser früheren Hochburg des Radikalismus, zu sein. Wie uns gemeldet wird, hat die „Arbeiterpost“, das offizielle Organ der Unabhängigen für Oberschlesien, aus Mangel an Lesern ihr Erscheinen einstellen müssen. Das ist um so bemerkenswerter, als gerade dieses Blatt es war, das am lautesten die Forderung der blinden Opposition erließen ließ und der Regierung ihr schweres Amt noch schwerer machte, wo immer sie es nur konnte. Offenbar haben die früheren Defizit der „Arbeiterpost“ jetzt selbst eingesehen, wie sinnlos und unfruchtbar auch für das Proletariat diese kritiklose Hege ist.

### Sozialdemokratische Wohlfahrtspflege.

Das Frauensekretariat des Bezirksverbandes hatte die Funktionärinnen Groß-Berlins, am Montag zu einer Versammlung geladen, um ihnen die Aufgaben und Ziele der Wohlfahrtspflege vom Standpunkt der sozialistischen Weltanschauung auseinanderzusetzen. Genossin Juchacz referierte über das Thema: „Zentrale für Arbeiterwohlfahrt“ und zeigte in ihren Ausführungen, welchen Rang die sozialistische Frau an die Wohlfahrtspflege ansetzen muß. Die sozialdemokratischen Frauen haben sich leider bislang wenig um dieses Gebiet kümmern. Bewußtseinsmäßig auf einen Wink von oben stellen sie sich in den Dienst der Wohlfahrtspflege. Die Entwicklung brachte uns Frauen das Wahlrecht und damit die Betätigung auf sozialem Gebiet. Als Stadterordnete und Bürgerdeputierte arbeitete die Frau mit, und unter ihrem Einfluß und Wohlwollen wurden von den Kommunalen Wohlfahrtsämtern und andere soziale Einrichtungen ins Leben gerufen.

Eine geistige Pionierarbeit für diesen Zweig der Gesellschaft ist notwendig!

Es ist Pflicht der sozialdemokratischen Frauen, das soziale Leben zu beobachten und auf Abstellung der Mängel hinzuwirken. Die Referentin erläuterte den Aufgabenkreis, der für sozialdemokratische Frauen bei dieser Tätigkeit gezogen werden muß, jedoch zu enger Betätigung auf und zeigte die Wege, die unsere Parteiorganisationen gehen müssen. Wir können nicht die Taktik gewisser älterer Frauenvereine nachahmen. Unsere Arbeit muß sich darauf beschränken, wissenschaftlich den Anforderungen der neuen Zeit zu entsprechen, gemeinsam mit den maßgebenden Körperschaften diese Probleme zu lösen. An der Hand von Beispielen zeigte die Genossin Juchacz, wie Wohlfahrtspflege getrieben werden muß und lehrte den Gegensatz klar heraus, der zwischen der Liebestätigkeit privater Wohlfahrtsgesellschaften und dem Aufgabenkreis sozialdemokratischer Frauen leider noch immer vorhanden ist. Zum Schluß bekräftigte die Referentin die Wichtigkeit der Arbeit für Arbeiterwohlfahrt, der zunächst vorbereitende Arbeit zu leisten hätte.

In der kurzen Diskussion gibt die Genossin Adele Schreiber ihrer Freude Ausdruck über das neu erkorene Arbeitsgebiet sozialdemokratischer Frauen in der Wohlfahrtspflege. Sie befürwortet warm die Wahl des Ausschusses und teilt unter starkem Beifall der Versammlung mit, daß ihr von einem amerikanischen Spender die Summe von 100 000 M. zur Verfügung gestellt wurde und sie diese Summe dem Ausschuss zur Verfügung stellt. In den nun zu bildenden Bezirksarbeitsausschüssen wählten die Funktionärinnen für Berlin: Schmitz, Totenhagen und die Genossin Müller von der 46. Abteilung; Niederbarnim: die Genossinnen Kühn-Charlottenburg und Ebel-Charlottenburg; Teltow-Berow: Genossin Wachenheim-Charlottenburg und Müller-Neukölln.

Auf welcher Basis der Ausschuss für Arbeiterwohlfahrt zu arbeiten gedenkt, kommt in der einstimmig angenommenen Resolution zum Ausdruck, die an die Adresse der Berliner Stadtverordneten gerichtet wurde und für die Verteilung der Liebesgaben folgende Grundzüge aufstellt:

1. Soweit es sich um Lebensmittel handelt, haben alle öffentlichen Fürsorgeanstalten (Lungenfürsorge, Volkshilfen, Jugendfürsorge und -pflegestellen) sowie Armen- und Krankenärzte Hilfsbedürftige an die zu schaffende amtliche Verteilungsstelle zu verweisen, ebenso Krankenhäuser Kranke, die entlassen werden und noch einige Zeit einer besonderen Verpflegung bedürfen.

2. Bei der Verteilung von Kleidungsstücken und sonstigen Bedarfsartikeln haben ebenfalls die Organe der gesamten öffentlichen Fürsorge (amtliche Kriegs- und Jugendpflege- und -fürsorgestellen, Armenpflege usw.) mitzuwirken.

3. Den mitwirkenden Wohlfahrtsorganisationen ist bei der Verteilung von Liebesgaben aller Art Einfluß zu gewähren durch Uebertragung folgender Befugnisse an den Groß-Berliner Ausschuss:

- a) Sie haben das Recht der Mitwirkung bei der Aufstellung von Richtlinien, nach denen die Verteilung der Liebesgaben zu erfolgen ist.
- b) Hilfsbedürftige Mitbürger zur Erfassung durch die Verteilung von Liebesgaben vorzuschlagen.
- c) die Verteilung zu überwachen.

Eine von der Leiterin, Genossin Totenhagen, vorgeschlagene Sammlung zum Besten der Kollidenden im Erzgebirge ergab die in dieser Kollidenden Versammlung immerhin stattliche Summe von 184 Mark.

### Die Wahlen zum Studentenausschuss.

Aus Studentenkreisen wird uns geschrieben: Vorgestern und gestern fanden an der hiesigen Universität die Neuwahlen zum Studentenausschuss statt. Die Wahlbeteiligung war verhältnismäßig gering. Von insgesamt 8000 Wahlberechtigten haben nur 2600 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Davon entfielen auf die „national-völkischen“ Parteien in ihren verschiedenen Schattierungen 1857 Stimmen. Der Demokratische Hochschulbund erhielt 210, der jüdische K. C. 143, die Freideutschen 99 Stimmen. Die sozialistische Studentenpartei brachte es nur auf 184 Stimmen, steht also in der Studentenvertretung in hoffnungsloser Minderheit gegenüber einer teils übernationalen und antisemitischen, teils einer rein sachwissenschaftlichen Gruppe, die alle entgegengesetzten Reyerungen ängstlich ablehnt.

Bei der großen Gleichgültigkeit der überwiegenden Mehrheit der Studenten ist auf eine Unterfütterung unserer Forderungen, die auf eine völlige Umwandlung der jetzigen Hochschule hinauslaufen, kaum zu rechnen. Die hauptsächlichsten Forderungen der sozialistischen Studentengruppe sind die rechtliche Gleichstellung der Dozenten und Lektoren mit den Professoren, Einräumung einer entscheidenden Stimme für die Studentenschaft in allen wichtigen Fragen der Verwaltung, Ferner Abschaffung des veralteten Disziplinarstrafwesens. Möglichst weitgehende Heranziehung von Lehrern aus Kreisen der praktischen Erfahrung, Ausbau des Unterfütterungswesens. Gleichberechtigung aller Studierenden ohne Unterschied der Nationalität und der Konfession.

Statt dessen erleben wir tagtäglich eine wilde Terrorisierung aller Andersdenkenden durch eine kleine, aber laute nationalistische Gruppe, einem bödelhaften Antisemitismus, der unter Mißachtung der Befreiheit (siehe Prof. Kizlai und Einstein) die alma mater zu einem Schauplatz widerlicher Händereien macht. So wurde erst vorgestern abend in einer Veranstaltung der sozialistischen Studentengruppe, in der Gen. Eduard Bernstein zur Hochschulfrage sprach, von deutschnationaler Seite aus eine wilde antisemitische Demonstration veranstaltet. Die Aufforderung des Referenten zur Verdünnung und zur Mitarbeit am wirklichen Völkerverständnis wurde beantwortet mit sinnlosen Drohungen gegen die „inneren und äußeren“ Feinde. Ein „schneidiger Korpsstudent“ erklärte stolz, er jähle jeden Tag bis zum nächsten Nachmittage. „Sie wollen nicht lassen vom Wahne.“ Der uniformierte Staatsbürger in seiner höchsten Glorie als Leutnant ist und bleibt das Ideal dieser Leute. Der Kampf gegen den „Erbsind“ und die „Juden“ ihre ewig gleiche Litanei. Wir können uns diesen schon etwas schimmelig gewordenen Idealismus nicht zu eigen machen, haben auch keine Zeit dazu. Unser Ziel ist der Aufbau der freien deutschen Hochschule. Ihr gehört unsere ganze Arbeit. Zur Mitarbeit daran ist uns jeder willkommen, der gleichen Sinnes ist.

Über die Rede Bernsteins wird uns aus Studentenkreisen mitgeteilt:

Genosse Bernstein behandelte die Stellungnahme der Studenten zur Politik. Er ging von einer eingehenden Würdigung Reiches aus und bewies an der Hand zahlreicher Zitate, daß die nationalistische Partei sich bitteres Unrecht täte, wenn sie ihn als den ihrigen proklamieren. In ungewohnter Weise hat Reiches an den verschiedenen Stellen gegen eine engstirnige Auffassung des nationalen Gedankens Stellung genommen und stets betont, daß der nationale Gedanke nur in Verbindung mit dem internationalen Gedanken des Weltbürgertums seine höhere Veredlung erweisen könne. Genosse Bernstein ging dann auf die nationalistische Bewegung ein, die in den bedeutendsten Kreisen der Studentenschaft Platz gegriffen hat und die beweist, wie weit die angeblichen Jünger Reiches von seinem wahren Geist entfernt sind. Nach den mit herzlichem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Genossen Bernsteins setzte eine lebhafteste Diskussion ein, in deren Verlauf die Opposition allerdings in recht ungeschickter Weise vertreten war. Besonders die Ausführungen eines deutschfreundlichen Herrn, der sich nicht schämte, den Reichspräsidenten einen Hamamelmann zu nennen, verließen durchaus das Niveau einer sachlichen Diskussion.

Der Steueraussschuß der Nationalversammlung begann mit der zweiten Lesung des Reichseinkommensteuergesetzes. § 1 wurde in zweiter Lesung ohne Abänderung angenommen. Ein Antrag § 2 wurde angenommen, wonach § 2 Ziffer 2, wie folgt gefaßt wird: „Einkommensteuerverpflichtigt sind Nichtdeutsche, wenn sie im Deutschen Reich einen Wohnsitz oder des Erwerbes wegen oder länger als sechs Monate ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben. Wird die Steuerpflicht durch einen Aufenthalt von mehr als sechs Monaten begründet, so erstreckt sich die Steuerpflicht auch auf die ersten sechs Monate.“ Die ersten 10 Paragraphen wurden durchberaten.

## Wirtschaft.

### Wirtschaftliche Archive.

Der Erfolg alles Handelns hängt wesentlich ab von der Schnelligkeit und Gründlichkeit, mit der irgendein Gedanke aufgegriffen und in praktische Tätigkeit umgesetzt, irgendeine Tatsache, ein Vorkommnis auf etwa mögliche Folgen geprüft wird und dementsprechende Maßnahmen getroffen werden. In den wenigsten Fällen bleibt das Geleitens, zumal wenn es eine kleinere Sache ist, länger als einige Tage oder Wochen im Gedächtnis haften. Die Fälle der Entschleunigung beruhen auf die Quellen, vermehrt die Nachrichten miteinander, läßt manches wohl ganz der Vergessenheit anheimfallen. Selbst da, wo für den regelmäßigen Eingang der in Frage kommenden Nachrichten Sorge getragen ist — und das ist erklärlicherweise schon nicht überall durchführbar — besteht oft genug aus mancherlei Gründen, meist wohl finanzieller Natur, keine Möglichkeit, alles zu sammeln und für etwaigen späteren Bedarf aufzubewahren. Mit der bloßen Aufbewahrung allein ist aber auch nicht viel mehr gewonnen als zeitweise sich anhäufende Mengen von Papier. Das, worauf es ankommt, ist die sachgemäße Sichtung und Ordnung des einlaufenden Stoffes zur leichtesten raschen und erschöpfenden Befriedigung jeder möglichen Nachfrage.

Ein interessierter „Vortwärts“-Leser macht sich Ausschritte, stellt sie auf gleich große Blätter und ordnet sie mit Hilfe eines Lochers und Ordners nach „Stichworten“. Dann wird er sich selbst selbst ausreichend unterrichten können.

### Preise für Produkte.

Es notierten am 18. Februar	
Hafer . . . . . die Tonne	4620—4700 M.
Bischofskorn . . . . . 50 Kg.	430—450 „
Sojnen . . . . . 50 „	400—500 „
Wiesheu . . . . . 50 „	47—54 „
Stroh, drahtgepreßt	50 „ 26—35 „

Der Preis für Melasse ist vom 1. Februar 1920 dem neuen Zuckerpriß angepaßt worden. Er darf für Melasse mit einem Zuckergehalt von 50 Proz. den Preis von 13,82 M. für 50 Kilogramm nicht übersteigen. Die Melasse ist wie früher an die Wegbereinigung der deutschen Landwirte abzuliefern.

### Ein neues Syndikat!

Die Not der Zeit, die Unsicherheit seiner Zukunft, haben den Verein der Stärke-Interessenten in Deutschland veranlaßt, der Generalversammlung des deutschen Stärkewerkes den Plan eines Syndikats vorzulegen, zu dem sich das deutsche Stärkegewerbe gemeinsam mit der nahe verwandten deutschen Kartoffelverarbeitungsindustrie zusammenschließen soll. Dieses freie Syndikat beider Kartoffeln verarbeitenden Gewerbe, das aufgebaut sein soll auf der freiwilligen Vereinigung aller deutschen Stärkeinteressenten und Kartoffelverarbeiter in einer kraftvollen Organisation, bedeutet keine Verengung der Zwangswirtschaft, kein künstliches Schalten oder eine Veredelung der Produktionsverwertungsgesellschaft m. b. H. der Kriegsgesellschaft beider Kartoffeln verarbeitenden Gewerbe, sondern deren schneidmögliche Auflösung und Uebernahme aller Liquidationsarbeiten aus der Zeit der öffentlichen Bewirtschaftung auf das freie Syndikat.

Es ist recht erfreulich, daß die Stärkeindustriellen den Zusammenfluß vollziehen wollen. Wir begrüßen jeden Fortschritt in der wirtschaftlichen Organisation, nur sollten die Herren statt des „Gefangeneins“, wie diese freiwilligen Syndikate richtig genannt werden, einen gemeinwirtschaftlich aufgebauten Kraft schaffen, der allein eine durchgreifende Rationalisierung zu erreichen vermag. Wir glauben ihnen, daß sie das Syndikat vorziehen, in dem sie keine Arbeitervertreter und Verbraucher als Zuhörer und Opponenten haben und als Monopolisten so ganz unter sich sein können. Wie lange noch! Das letzte Wort wird doch die Arbeiterkraft zu sprechen haben!

Kapitalverknüpfungen. Die Hamburger Verkehrs-A.G., die vor Jahresfrist durch die Hamburg-Amerikanische, die Werndl-Linie, die Ostafrikanische, die Reederei Sloman jun. und die Dago-Stinnes-A.G. für Schifffahrt gegründet wurde, hat aus dem fürstlich Hohenlohe'schen Besitz die Aktienmajorität des Berliner Esplanade-Hotels erworben. Der Hotelkonzern der Hamburger Verkehrs-A.G. bezieht nunmehr aus dem Hotel Esplanade-Berlin, Atlantic-Hamburg, Carlton-Frankfurt a. M. und Seebadeanstalt (Sturhaus) Travemünde.

Ein Reimezentrale unter Aufsicht des Reichswirtschaftsministeriums ist in Charlottenburg gegründet worden. Gegenstand des Unternehmens, das gemeinnützig arbeitet und nicht mehr als 5 Proz. Dividende verteilt, ist die Verwaltung und Kontrolle der Verarbeitung von Reimen aus Körnerfrüchten. Das Kapital von 300 000 M. wird von Mühlern und Mühlenverbänden übernommen. Die Entlohnung der Getreideleime in rationeller Weise ist eine Kriegserzeugnisse von außerordentlicher wirtschaftlicher Bedeutung. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß es der Mühlenmeister der Garnisonmühle des Berliner Provinzamtis Köpenicker Straße war, der mit Unterstützung der dortigen Probantiamtskammer die Bewertung des Reimbis angeregt und energisch verfolgt hat. Aus der Beobachtung der Praktiker ist der Volkswirtschaft hier eine höchst wertvolle Bereicherung geworden.

Warnung vor dem Chemiestudium. Der Bund angelegter Chemiker und Ingenieure erläßt folgenden Aufruf, dem auch die Reichsarbeitsgemeinschaft Chemie inbald beitrete:

Die unterzeichneten Verbände halten es für ihre Pflicht, jedem, der vor der Frage der Berufswahl steht, vom Studium der Chemie dringend abzuraten. Die Ueberfüllung in einem Beruf, der sich auf so schwankendem Boden gründet, wie heute der des deutschen Chemikers, muß für alle zu schweren Enttäuschungen, für viele zu Elend und einem verlorenen Leben führen.

### Ein wirtschaftliche Organisation der Kleinbauern.

Unter dem Namen Rheinischer Bauern-, Winzer- und Handwerkerbund haben sich dieser Tage die Kleinbauern des Rheinlands zu einer Organisation zusammengeschlossen, die entschlossen Stellung gegen die Großagrarier nimmt und die Hand in Hand mit der organisierten Arbeiterkraft an der Veröhnung zwischen Stadt und Land arbeiten will. Nach einem Vortrag des Stadterordneten Limbora, dem Redakteur unseres Kölner Parteiorgans, über die Ziele und Aufgaben des Bundes wurde einem Programmentwurf zugestimmt, in dem u. a. gefordert wird: Ein neues Grund- und Bodenrecht, das die Bewirtschaftung des landwirtschaftlichen Bodens durch die Bauern sichert und das jede Bodenspekulation ausschließt; intensive Hebung der bäuerlichen Wirtschaft durch Entlohnung des von Kriegsgewinnlern erworbenen Bodens, Ablösung von Großgrundbesitzern, Kultivierung von Dedland, Beilegung aller Jagd- und Fischereirechte des großen Grund- und Waldbesitzes, weitgehende Genossenschaftsbildung auf gemeinsamer Grundlage, direkte Verbindung des Produzenten mit den Konsumenten.

Die Gründung bedeutet, wie unser Kölner Parteiblatt schreibt, eine laute Kampfanlage an die rheinischen Großagrarier, sie zeigt, daß endlich auch die Kleinbauern beginnen, ihre Klassenlage zu erkennen und zur Selbsthilfe schreiten. In der Zeitung des Bundes sitzen fast durchweg Sozialdemokraten, dagegen will der Bund, wie er ausdrücklich betont, wirtschaftlich, politisch und religiös unabhängig sein. Bei dem starken Anwachsen, dessen sich die politische Organisation der sozialdemokratischen Partei im Rheinlande in den letzten Monaten gerade in Kleinbäuerlichen Schichten zu erfreuen hatte, darf zweifellos auch mit einer schnellen Erstarrung des neuen Bundes gerechnet werden.

# Gewerkschaftsbewegung

## Entlassungen beim Magistrat.

Staat- und Kommunalbetriebe sollen bekanntlich Musterbetriebe sein. In Bezug auf die Entlohnung sowie auch hinsichtlich der Arbeitsbedingungen und Angelegenheiten sollen diese Betriebe Privatbetrieben vorangehen. In einem Kleinbetrieb, wie es der Verwaltungsbetrieb der Stadt Berlin ist, kann natürlich nicht jeder Wunsch erfüllt werden, jedoch muß die Öffentlichkeit verlangen, daß die schlechtesten Rechte der Angestellten auch gewahrt bleiben.

In welcher Weise die Hilfskräfte des Magistrats bezüglich ihres Mitbestimmungsrechts übertragen werden, zeigte eine Konferenz, die der zentrale Ausschuss einberufen hatte. Gelagt wurde über wahllos vorgenommene Massenentlassungen. Ohne sich mit dem Ausschuss in Verbindung zu setzen, seien in Abteilungen von 2000 Mann allein 800 gelündigt worden. Besonders Klage geführt wurde über Stadtrat Dr. Seck, für den die gesetzliche Vertretung der Hilfskräfte nicht zu erklären sei und dessen Antwort für stereotyp laute: „Wenn's Ihnen nicht paßt, können Sie ja streiken.“ Auch wird geklagt, daß ganze Familien Primarbeit mit nach Hause nehmen. Im statistischen Bureau sei die Akkordarbeit eingeführt und wer diese nicht leisten wolle, gelte als entlassen. Auf eine Beschwerde an den Bürgermeister Meißel soll eine Antwort nicht eingetroffen sein. In der Gewerkschaften für den Magistrat hätten sich die Entlassungen dermaßen einwändig bemerkbar gemacht, daß eine Stellung in der Abfertigung der Arbeitslosen eingetreten sei. Eine Verfassung unterlasse den Ausschussmitgliedern die Ausübung ihrer Tätigkeit.

Wenn überflüssige Hilfskräfte vom Magistrat entlassen werden, so läßt sich natürlich rechtlich nichts einwenden. Und scheint aber, als wenn die Art, wie man hier verfährt, nicht geeignet ist, die Arbeitslosigkeit der Hilfskräfte zu verringern. Damen, die über ein Vermögen von 50 000 M. verfügen, sind nach Mitteilungen in der Konferenz bei dieser Entlassung — wir nehmen an irrtümlich — überleben worden, ja es sind sogar Ärzte übersehen worden, die über ein Vermögen von 200 000 M. verfügen und daneben noch hohe Löhne von einem Rutzergut beziehen. Pflicht des Magistrats wäre es, mit keiner verantwortlichen Beamten darüber ein ernstes Wort zu reden. Das ist das mindeste, was die Öffentlichkeit verlangen kann.

## Streik in der Strohhutbranche.

Eine Versammlung aller in der Strohhutbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nahm Stellung zu dem Angebot der Unternehmer über die geforderte 50 prozentige Lohnsteigerung. Infolge Krankheit des Syndikus der Unternehmer konnte über die am 9. Januar einmündige Forderung jetzt erst verhandelt werden. Das Angebot der Unternehmer lautete auf 20 Proz. Lohnsteigerung; die Versammlung lehnte dasselbe mit überwältigender Majorität ab und beschloß, bereits am 17. Februar in den Streik zu treten.

Das Streikbureau befindet sich bei Wille, Sebastianstraße 72, dort wird auch die Kontrolle von 9—11 Uhr vormittags vorgenommen.

## Transportarbeiterverband — chemische Branche.

Am Dienstag hielt obige Branche im Königsplatz-Kasino eine allgemeine überfüllte Brancherversammlung ab. Zunächst hielt der Abgeordnete Kollege Wender einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Betriebsrätegesetz. Alsdann referierte K. H. Hahn über die schwebenden Lohnbewegungen. Für die Spohlearbeiter sind die Löhne durch einen einstimmig gefassten Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses wie folgt geregelt: Männliche Jugendliche von 14—16 Jahren 50 M. pro Woche, von 16—17 Jahren 70 M., von 18 Jahren 90 M. Weibliche Jugendliche erhalten 80 Proz. dieser Sätze. Arbeiter vom 19. Jahre einen Anfangslohn von 150 M. pro Woche, nach 1 Jahr 145 M., nach 2 Jahren 160 M. Erwachsene Weibliche, verheiratet, 80 Proz. dieser Sätze, unverheiratet 70 Proz. Reineinzelnen erhalten pro Stunde 1,90 M.

Für die Kollegen aus der Chirurgiemechanik wurde im Anfang Januar d. J. ein neuer Vertrag mit Gültigkeit bis 31. März 1920 gefaßt. Die Frage der außerordentlichen Lohnsteigerung wurde solange ausgelegt, bis dieselbe im Einzelhandel geregelt ist.

Die Arbeitgeber haben nun eine Erhöhung von 15 Proz. vorgeschlagen. Redner machte darauf aufmerksam, daß die Verhandlungen im Einzelhandel noch nicht erschöpft sind.

Für den chemischen Großhandel wurde auch vor dem Schlichtungsausschuss verhandelt und folgender Schiedsspruch gefaßt: Männliche Jugendliche von 14—16 Jahren 50 M. pro Woche, von 16 Jahren 60 M., von 17 Jahren 70 M., von 18 Jahren 90 M., von 19 Jahren 110 M. Weibliche Jugendliche 20 Proz. weniger. Arbeiter über 20 Jahre, ungeheilt Arbeiter, Anfangslohn 140 M. pro Woche, nach 1 Jahr oder 2 Jahren in der Branche 150 M., Vater 160 M. Schwerarbeiter und Ausländer Anfangslohn 160 M., nach 1/2 Jahr 170 M., Chauffeurs und Kadrationsarbeiter 180 M. Erwachsene Arbeiterinnen 75 Proz. dieser Sätze.

In der Verbandshandlung konnte es trotz großer Bemühungen noch nicht zu Verhandlungen kommen, voraussichtlich wird am Sonntagabend, den 21. Februar vor dem Schlichtungsausschuss verhandelt werden.

In der chemischen Industrie erweist es den Anschein, als ob die Arbeitgeber die Verhandlungen verschleppen wollen. Eine Resolution, welche dieses scharf verurteilt, wurde einstimmig angenommen.

In allen diesen Fragen wurde der Verbandsleitung und Verhandlungskommission das Vertrauen ausgesprochen und dieselbe weiter beauftragt, bei voller Bewegungsfreiheit die Bewegungen im Interesse der Kollegen weiterzuführen.

Als Delegierter zur Handelsarbeiterkonferenz wurde K. H. Hahn einstimmig gewählt.

## Die gelbe Gefahr im Portierberuf.

Untere wirtschaftliche Lage und die gelbe Gefahr lautete das Thema, über das in einer stark besuchten Hauptversammlung in den „Zentralbüros“, Alte Jakobstr. 32, der Sektionsleiter Kragas referierte. Der Redner verwies auf den schweren Kampf um die Erhaltung menschenwürdiger Zustände und angemessener Entlohnung im Portierberuf.

Nach monatelangen Kämpfen und Verhandlungen war es endlich gelungen, im Juli bezug August d. J. je einen Tarif mit dem „Bund Berliner Grundbesitzervereine“ und dem „Bund der Geschäft- und Industriehausbesitzer“ abzuschließen. Die erlängten Tariflöhne waren als sehr bescheiden zu bezeichnen. Der Tarif für die Wohnhausbranche sei am 15. Oktober 1919 für reiseverbindlich erklärt worden. Gegen den Tarif für die Geschäft- und Industriebranche sei jedoch teils einzelner Unternehmerrunden Einspruch erhoben worden, so daß es bis heute noch nicht gelungen sei, den in schwerer wirtschaftlicher Notlage befindlichen Kollegen zu ihrem Recht zu verhelfen.

Nicht genug, daß sich einige englische Unternehmer gegen die bestehenden Forderungen auflehnen, tauchte aus verborgener Stube eine sogenannte „Arbeiterorganisation“ auf, und zwar der Berliner Portierverein, Raststättenstraße.

Dieser Vögelgeburt einer Berufsgruppe sei es vorbehalten gewesen, der durchaus berechtigten Lohnbewegung Hindernisse zu be-

reiten und dem Bund der Geschäft- und Industrie, Bes. gleichfalls einen Vertragsentwurf zu präsentieren.

Die Hauptströmungen dieses Vertrages bilden zwar im großen und ganzen einen netteren Abfall des unfernen, man schämte sich aber nicht, eine 10 stündige Arbeitszeit zu offerieren und sich für das Sammeln von Abfällen usw. eine Abkürzung des Lohnes gefallen zu lassen. Es sei ein Novum, daß ein Arbeiter seine freie Zeit dazu verwenden muß, um Müllkästen und Kleiderkästen umzuwerfen, nur um seinem Arbeitgeber durch den Verkauf der gehundenen Abfälle eine angemessene Entlohnung zu erhalten.

Diese Handlungsweise sei so niedrig und verwerflich, daß man sie mit Worten nicht kennzeichnen könne. Es bestände berechtigte Hoffnung, mit dem „Bund der Geschäft- und Industrie, Bes.“ doch noch in ein leidliches, tarifliches Verhältnis zu kommen und es wird zweifellos gelingen, diese neue Organisation dabei auszuhebeln. Kampf, unerbittlicher Kampf sei die Parole gegen diese „nationale Arbeitergruppe“. Aufgabe der Portiere, Heizer und Fabrikführer sei es daher, unsere Reihen zu stärken durch Eintritt in die Sektion 7 des Deutschen Transportarbeiterverbandes.

## Die Tarifverhandlungen im Baugewerbe.

In der Sitzung am Dienstag des Schlichtungsausschusses für die Tarifverhandlungen im Baugewerbe wurde das Ergebnis der Entscheidung des Ausschusses über die Frage Einheitsstarif oder Kartellstarif und über die Schwankungen des Einkommens durch den Vorliegenden besprochen. Der Schlichtungsausschuss hat einstimmig beschlossen, daß ein Einheitsstarif mit Ortskassen gefaßt und daß in dem Tarifvertrag auch die Verbindlichkeit der Feuerungsanlagen festgelegt werden soll. Es soll zunächst das Februarereinkommen festgelegt und dieses Einkommen dann am 1. Juni und am 1. Oktober einer Nachprüfung unterzogen werden, und zwar in der Weise, daß aus dem Gesamteinkommen ein sogenanntes Baudeamtenexistenzminimum herausgenommen wird.

Die Brandenkündigung der Holzindustrie im Deutschen Transportarbeiterverband nahm in einer Vertrauensmännerversammlung Stellung zur Lohnbewegung. Max Schulze erläuterte den vom Arbeitsministerium gefassten Schiedsspruch, welcher auch den Hilfsarbeitern tariflich festgelegte Feuerungsanlagen gebietet hat. Redner ermahnte, nimmere auch für die Durchführung des Schiedspruchs überall Sorge zu tragen.

Zum Schluß gedachte Schulze der im Streit befindlichen Kollegen, die infolge der Hartnäckigkeit einzelner Unternehmer auf der Strafe liegen.

In der Diskussion wurde von einzelnen Rednern eine Erhöhung der Streikunterstützung um 20 M. pro Woche gefordert, daß für jeder zu erhöhen bereit. Der Brandenleiter betonte, daß es unmöglich sei, diesen Wunsch sofort in die Tat umzusetzen; zunächst werde die Ortsverwaltung zu der Frage Stellung nehmen müssen. Der kommenden Generalversammlung könnten außerdem durch die nächste Brancherversammlung entsprechende Anträge eingebracht werden. Momentan sollten die Brandenleiter ihre Solidarität mit den Streikenden durch besondere Sammlungen bekunden. Nachstehende Resolution der Brandenleitung fand einstimmige Annahme:

Die versammelten Funktionäre der Holzbranche im D. T. V. verpflichten sich noch besten Kräfte die streikenden Kollegen materiell zu unterstützen. Zu diesem Zwecke werden Sammellisten eingeführt, deren Ertrag den streikenden Kollegen zuteil werden soll. Sie appellieren an die Opferwilligkeit aller in dieser Branche tätigen Kollegen und hoffen damit den streikenden Arbeitsbrüdern recht schnelle Hilfe zu bringen.

Die Listen werden diese Woche noch zur Zeichnung vorgelegt.

## Ein fürstlicher Arbeitslohn. Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird uns folgendes geschrieben:

In der Gemeinde Berlin-Strelau gehört der Friedhof zur dortigen Kirchengemeinde. Der einzige Arbeiter, der dort beschäftigt ist, erhält den fürstlichen Lohn von 1,60 M. pro Stunde. Der Kirchenvorstand hatte auf die berechnete Forderung des Arbeiters um Einreise unter den Tarif der Gemeindefunktionäre Groß-Berlins nur die Antwort: „Wenn er mit dem Lohn nicht auskomme, so könne er aufhören, den Kirchenvorstand würde dann Arbeiter der Glasfabrik im Nebenamt beschäftigen.“ Der Fall zeigt wieder einmal, daß die Kirche auch heute noch einen guten Magen hat, sie kann sogar den Hunger ihrer Arbeiter vertragen.

## Nachklänge zum Streik im chemischen Großhandel.

Die „Freiheit“ läßt in ihrer Nr. 35 vom 16. d. M. im Versammlungsbericht der Delegiertenversammlung des Angestelltenverbandes dem Redner Fritz Schmidt u. a. folgendes folgen:

„Der Streik im chemischen Großhandel ist abgebrochen worden, weil die Leitung des Transportarbeiterverbandes nicht die Treue gehalten hat.“

Wenn diese Darlegungen nicht irrtümlich hineingekommen sind, so sind sie als gräßliche Unwahrheit zu bezeichnen. Nicht die Leitung des Transportarbeiterverbandes hat die Treue gebrochen, sondern die Mitglieder des Angestelltenverbandes. Der Streik mußte abgebrochen werden, weil die Angestellten sich in großer Zahl in die Betriebe gekümmert und die übrigen auch nicht mehr zu halten waren. Der Streik ist dann auch, obgleich die Arbeiter bis zum letzten Tage treu zur Fahne standen, in gemeinsamer Abstimmung der gewerblichen und kaufmännischen Angestellten in Rücksicht auf das Verhalten der Angestellten aufgehoben worden.

Wie man da von einer Antreue der Leitung des Transportarbeiterverbandes reden kann, ist uns unverständlich. Schön ist es jedenfalls nicht, wenn die Leitung einer Organisation, der die Führung einer Bewegung nicht so gelingt, wie sie es gern haben wollte, versucht, ihre gemachten Fehler auf andere abzuwälzen.

## Rechtsanwaltsangestellte.

Zur Beilegung der Streitigkeiten zwischen den Rechtsanwältinnen und deren Angestellten hat das Reichsarbeitsministerium einen Verhandlungstermin auf Donnerstag, den 19. d. M., anberaumt. Ueber den Verlauf der Verhandlung wird in einer am selben Tage, abends 7 1/2 Uhr, im Königsplatz-Kasino, Holzmärkstr. 72, stattfindenden Versammlung der Angestellten Bericht erstattet werden.

## Die Entlassungen bei der Eisenbahn.

Zu der Entgegnung des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes in der Mittwochnachmittagssitzung des „Vorwärts“ erhalten wir von dem darin erwähnten Karl Förster folgende Zusätze: In der Rott wird mein Name mit vorangegangenen Fragen und Behauptungen so häufig verknüpft, daß es den Anschein erwecken muß, als wenn ich daran Anteil hätte. Allerdings bin ich auf Beschluß der Arbeiterräte für den Januar- und Märzstreik 1919 eingetreten. Ich frage nun: Sind die Arbeiterräte des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes nicht ebenfalls dafür eingetreten, soweit sie Mitglieder der S. P. D. sind? Alle übrigen Behauptungen können mit meiner Version nicht in Verbindung gebracht werden und ich weite sie unter Protest zurück. Feststellen will ich nur, daß ich dem Zentralkomitee der S. P. D. angehört und heute noch nicht weiß, wer die ungefähre 8000, nicht „hunderttausende“ kommunistische Flugblätter in das Zimmer des Zentralkomitees gebracht hat. — Dies dürfte wohl dem Artikelverfasser nicht unbekannt sein; ebenso, daß ich mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln gegen die beiden letzten großen Eisenbahnerstreiks im Juni 1919 und Januar 1920 gearbeitet habe.

Ueber die Vorgänge in der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes der Angestellten erhalten wir vom Vorsitzenden der Ortsgruppe Groß-Berlin Hugo Lohm noch folgende Darlegungen mit dem Ersuchen um Wiedergabe im „Vorwärts“:

In der letzten Delegiertenversammlung gab Vormann eine Erklärung im Namen der Opposition ab, die in einzelnen Teilen eine unrichtige Darstellung der unermesslichen Vorkommnisse enthielt.

Darauf nahm ich Veranlassung, den Vorgang in folgender Form in die Erinnerung zurückzurufen:

Nachdem Franz Krüger in der Delegiertenversammlung am 29. Januar seine Ausführungen beendet hatte, nahm Hensel das Wort zur Geschäftsordnung und sprach dabei nach rechts gewandt von Spiegelferkelungen. Krüger, der in der rechten Hand Augen- und Taschentuch hielt, griff mit der linken Hand an den Arm und fragte erregt: „Wer hat Spiegel angefaßt?“ Hensel, der vielleicht einen Angriff befürchtete, schlug darauf Krüger ins Gesicht.

Die Tätigkeit der Darstellung wurde wohl von den meisten Anwesenden durch Zustimmungsrufe bestätigt. Im Namen meines Freunde erklärte Hensel (Seite 5), daß er nach den objektiven Ausführungen des Vorsitzenden darauf verzichte, weiter auf die Sache einzugehen.

Ich gab meiner Verärglung Ausdruck, daß dieser Zwischenfall nun erledigt sei und sprach die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen in Zukunft in sachlicher Weise geführt werden.

Wir holten mit dieser Darstellung die Angelegenheit nunmehr für erledigt.

## Schiedsspruch in einer Entlassungsstreitsache.

Vor dem Schlichtungsausschuss Groß-Berlin wurde am Mittwoch unter Vorsitz eines unparteiischen Vorsitzenden in der Streitsache Betriebs-Ausschuss gegen „Zum“ Alt. Ges. Restaurant Zum Petriehaus-Schickh zur Klärung gebracht, folgender Spruch gefaßt:

Der Schlichtungsausschuss ist der Auffassung, daß 10 von den 16 Kündigungen als unberechtigt zurückgewiesen werden, 6 Kündigungen als berechtigt anerkannt seien, darunter eine als durch den Tod eines Kündigten erledigt, die übrigen 5 wegen Verletzung des Konzeptsbogens infolge schlechten Geschäftsganges des Betriebes.

Wenn dieser seit nahezu 1/2 Jahr schwebende Streitfall von beiden Parteien angenommen wird, so ist die von Monat zu Monat sich wiederholende Beunruhigung der dort arbeitenden 47 Kellner, die zugunsten der Firma auf Verablung von monatlich vier Urlaubstagen verzichteten, ein Ziel gesetzt. Infolge der ungewissen Lebensmittellieferungen waren die Kellner nicht mehr in der Lage, die Lohnaufzählungen auf sich zu nehmen. Auf der anderen Seite lag jedoch auch kein Grund vor, zu dergleichen Entlassungen zu schreiten.

Verband der Buchbinder. Freitag, den 20. Februar, nachm. 5 Uhr in den Zentralbüros, Alte Jakobstr. 32, Branchensammlung aller in Buchbindereien, Buchdruckereien und Geschäftsbuchdrucken beschäftigten Buchbinderarbeiter und Arbeiterinnen! Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Neuwahl der Branchenvorstände. Niemand darf fehlen.

Die Branchenvorstände. A. A.: Gesamt-Zentralverband der Angestellten. Versammlungen am Freitag, den 20. Februar: Buchgruppe 2 (Sektion der Betriebsangestellten) abends 6 Uhr, Reichstraße, Alt-Berlin. Blumenstraße 10. (Tagesordnung: A. B. u. a. Kommunalbeamtenverband? Referent Kollege Siebel). — Buchgruppe 4a (Sektion der Betriebsangestellten) abends 7 1/2 Uhr, Dresdenstr. 10, Dresdenstr. 10 (Sektion von den Tarifverhandlungen). — Buchgruppe 10 (Textil- und Bekleidungsbranche) abends 7 Uhr, Raststätten, Kaiser-Wilhelm-Str. 31 (Kollektionsammlung der gesamten Buchgruppenmitglieder). — Buchgruppe 17 (Angestellte der Buchgroßhandlungen u. Buchkonzerne in der Industrie) abends 7 1/2 Uhr, Grawlandsstraße, Neue Friedrichstr. 35 (Tarifvertrag).

# Berichtszeitung.

## Freispruch im Giftmordprozess.

In dem Giftmordprozess gegen die Ehefrau des verstorbenen Großhändlers Hooge und den Kaufmann Klauske, der das Schwurgericht am Landgericht I die letzten beiden Tage beschäftigte, wurde die Beweisführung zu Ende geführt. — Ueber die bligartige Wirkung des Jantals und die Möglichkeit, daß das Gift nicht in einem Augenblick den Tod verursachen könne, äußerten sich gutachtlich Geh. Medizinalrat Dr. Straßmann und Medizinalrat Dr. Störmer. — Der Staatsanwalt stellte den Geschworenen anheim, den Angeklagten Klauske für nichtschuldig zu erachten, bezeichnete aber mit Bestimmtheit die Angeklagte Hooge als schuldig des Mordes. Sie habe den Klauske heiraten wollen und deshalb ihren Mann vergiftet, indem sie ihm das Gift, das sie anscheinend von einem Droghisten, der leichsinnig mit der Abgabe von Giften umgegangen sei, erhalten habe, in der Silbersternstut in den Sekt getan. — Rechtsanwalt Bahn beantragte, beide Angeklagte für nichtschuldig zu erachten und führte den Geschworenen die Gefährlichkeit des sogenannten Indizienbeweises vor Augen. — In später Abendstunde kamen die Geschworenen nach kurzer Beratung zur Verneinung der Schuldfragen, so daß das Gericht auf Freisprechung erkannte.

## Der Streit um die Wuchergerichte.

Zu der Frage der Rechtsgültigkeit der Wuchergerichte hat nun auch das Wuchergericht am Landgericht III Stellung genommen. Der Staatsanwaltsassessor Ueberhorst bekämpfte die von dem Wuchergericht am Landgericht II geltend gemachten Bedenken gegen die Rechtsgültigkeit und hielt es für notwendig, daß das Gericht den entgegen gesetzten Standpunkt des Landgerichts I teilen werde. Es sei zunächst zu prüfen, ob überhaupt eine Behörde, die als solche in Tätigkeit getreten ist, befugt ist, ihre eigene Zuständigkeit anzuzweifeln. Es handle sich hier speziell um eine Frage des Verwaltungsrechts. Wenn man die Ansicht des Landgerichts II für richtig erachten würde, würde überhaupt jede staatliche und Verwaltungsbehörde lahm gelegt werden; jedes Zusammenarbeiten mit anderen Behörden würde unmöglich gemacht werden. Von allen Gesichtspunkten aus betrachtet, sei die Verurteilung zulässig und das Wuchergericht habe in Tätigkeit zu treten.

Das Gericht war im Gegensatz zum Staatsanwalt der Ansicht, daß es befugt sei, die Rechtsgültigkeit zu prüfen, stellte sich aber im übrigen im allgemeinen auf den Standpunkt des Landgerichts I und der Ausführungen des Staatsanwalts. Daß die Verurteilung vom November 1919 die Regelung der Übergangszeitung betrifft, könne nicht zweifelhaft sein. Das Ermächtigungsgesetz beschränke nicht die Zulässigkeit solcher Verordnungen auf Regelung des materiellen Rechts und die Vorschriften über die Änderung des Verfahrens müssen als rechtsgültig angesehen werden. Ausnahmsgerichte seien solche, die eingesetzt seien zur Aburteilung eines bestimmten Tatbestandes, das trifft hier aber nicht zu. Der Umstand, daß der Staatsanwalt befugt sei, eine Sache nach Wohl vor das Wuchergericht zu bringen, sei eine Verfahrensbestimmung und verstoße nicht gegen die Verfassung; auch die Befugnis zur Verurteilung sei kein solcher Verstoß, event. müßte der hierauf bezügliche § 7 für rechtsgültig erklärt werden, nicht aber die gesamte Verordnung. — Das Wuchergericht nahm hierauf seine Arbeit auf.

Weiterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Zeitweise etwas trüblich, sonst trocken und größtenteils heiter. In den Mittagsstunden überall milde, nachts bis Frost an vielen Orten leichter Frost.

Preisdruck im Giftmordprozess. In dem Giftmordprozess gegen die Ehefrau des verstorbenen Großhändlers Hooge und den Kaufmann Klauske, der das Schwurgericht am Landgericht I die letzten beiden Tage beschäftigte, wurde die Beweisführung zu Ende geführt. — Ueber die bligartige Wirkung des Jantals und die Möglichkeit, daß das Gift nicht in einem Augenblick den Tod verursachen könne, äußerten sich gutachtlich Geh. Medizinalrat Dr. Straßmann und Medizinalrat Dr. Störmer. — Der Staatsanwalt stellte den Geschworenen anheim, den Angeklagten Klauske für nichtschuldig zu erachten, bezeichnete aber mit Bestimmtheit die Angeklagte Hooge als schuldig des Mordes. Sie habe den Klauske heiraten wollen und deshalb ihren Mann vergiftet, indem sie ihm das Gift, das sie anscheinend von einem Droghisten, der leichsinnig mit der Abgabe von Giften umgegangen sei, erhalten habe, in der Silbersternstut in den Sekt getan. — Rechtsanwalt Bahn beantragte, beide Angeklagte für nichtschuldig zu erachten und führte den Geschworenen die Gefährlichkeit des sogenannten Indizienbeweises vor Augen. — In später Abendstunde kamen die Geschworenen nach kurzer Beratung zur Verneinung der Schuldfragen, so daß das Gericht auf Freisprechung erkannte.